

REPORT

IMK Report 157, April 2020

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

VIRUS-PANDEMIE STÜRZT WELTWIRTSCHAFT IN TIEFE REZESSION

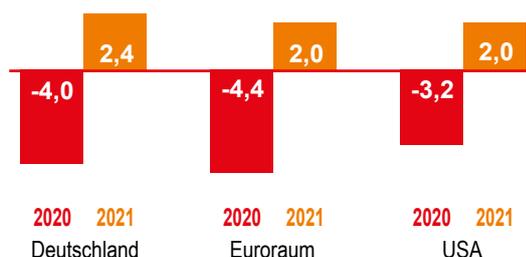
Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2020/2021

Sebastian Dullien, Alexander Herzog-Stein, Peter Hohlfeld, Christoph Paetz, Sabine Stephan,
Thomas Theobald, Silke Tober, Sebastian Watzka

AUF EINEN BLICK

- Unter der Annahme, dass die umfangreichen Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 ab Mai gelockert werden, ist mit einem Rückgang des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 4% in diesem Jahr zu rechnen. Das BIP dürfte insbesondere im zweiten Quartal 2020 stark einbrechen, aber auch im dritten Quartal noch negativ ausfallen und sich erst im vierten Quartal zaghaft erholen.
- Der private Konsum wird trotz umfangreicher Stützungsmaßnahmen zwei Quartale lang schrumpfen, dann aber die Erholung tragen. Besonders deutlich sinken die Exporte und die Ausüstungsinvestitionen, während sich Staatskonsum und Bau durchgängig positiv entwickeln und einen noch stärkeren Wirtschaftseinbruch verhindern.
- Geprägt von Nachholeffekten dürfte das BIP im Jahresdurchschnitt 2021 um 2,4% zunehmen.
- Angesichts eines zeitweilig starken Anstiegs der Kurzarbeit geht die Zahl der Erwerbstätigen in beiden Jahren nur leicht zurück. Die Arbeitslosenquote dürfte von 5,0% im Jahr 2019 auf 5,5% im Jahr 2021 steigen.
- Die Risiken sind hoch und eine verschärfte weltwirtschaftliche Abschwächung kombiniert mit einschränkenden Maßnahmen für weitere zwei Monate würde zu einer mehr als doppelt so starken Wirkung des Schocks auf das deutsche BIP führen.

BIP-Wachstum in %



PODCAST

Peter Hohlfeld zur wirtschaftlichen Entwicklung 2020/2021
<https://bit.ly/39l8HqM>

INHALT

Massiver Einbruch mit weiteren Abwärtsrisiken	3
Rückgang des Bruttoinlandsproduktes bis in den Herbst	4
Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie-Krise	5
Infobox 1: Beschlossene Maßnahmen der Bundesregierung zur Stabilisierung der Wirtschaft im Zuge der Covid-19-Krise	6
Liquidität und Solvenz von Haushalten, Unternehmen und Staaten sichern	6
Erwartungen stabilisieren	7
Covid-19 trifft die Weltwirtschaft schwer	8
Wirtschaftliche Folgen der Epidemie in China bereits immens	9
Japanische Wirtschaft stürzt in die Rezession	10
Covid-19-Epidemie beendet den US-Aufschwung	10
Corona-Krise stürzt Euroländer in schwere Rezession	11
Schwere Wirtschaftskrise in Italien	11
Spanien und Frankreich ebenfalls schwer betroffen	12
Deutschland	13
Außenhandel bricht im Zuge der Corona-Krise drastisch ein	13
Kräftiger Rückgang der Investitionen in Ausrüstungen	15
Baukonjunktur robust	15
Privater Konsum bricht ein	17
Öffentliche Finanzen: Erstmals seit der Finanzkrise wieder kräftige Haushaltsdefizite	17
Eine epochale Herausforderung für den deutschen Arbeitsmarkt	19
Datenanhang	23

AUTOREN



Prof. Dr. Sebastian Dullien
Wissenschaftlicher Direktor
sebastian-dullien@boeckler.de



Prof. Alexander Herzog-Stein, PhD
Referatsleiter Arbeitsmarktökonomik
alexander-herzog-stein@boeckler.de



Peter Hohlfeld
Referatsleiter Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
peter-hohlfeld@boeckler.de



Christoph Paetz
Referat Steuer- und Finanzpolitik
christoph-paetz@boeckler.de



Dr. Sabine Stephan
Referatsleiterin Ökonometrie
sabine-stephan@boeckler.de



Dr. Thomas Theobald
Referatsleiter Finanzmärkte und Konjunktur
thomas-theobald@boeckler.de



Dr. Silke Tober
Referatsleiterin Geldpolitik
silke-tober@boeckler.de



PD Dr. Sebastian Watzka
Referatsleiter Europäische Konjunkturanalyse
sebastian-watzka@boeckler.de

MASSIVER EINBRUCH MIT WEITEREN ABWÄRTSRISIKEN

Die umfangreichen Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Covid-19-Virus haben das soziale und wirtschaftliche Leben in Deutschland und in vielen anderen Ländern in weiten Teilen zum Stillstand gebracht. Hierzulande sind Universitäten, Schulen und Kitas geschlossen, Unternehmen wie Volkswagen und Daimler haben ihre Produktion eingestellt. Bundesweit ist dem Einzelhandel mit Ausnahme von Geschäften zur Deckung des täglichen Bedarfs (wie Lebensmittelläden, Apotheken und Drogerien) ebenso wie Restaurants und sämtlichen Clubs behördlich die Öffnung untersagt. Sport- und Kulturstätten haben den Betrieb eingestellt.

Covid-19 und die globalen politischen Maßnahmen zur Begrenzung der Infektion stellen eine neuartige Kombination wirtschaftlicher Schocks dar, die sich mit der üblichen Klassifikation in Angebots- und Nachfrageschocks nicht angemessen beschreiben lassen. Während die Produktionsausfälle im Verarbeitenden Gewerbe aufgrund von Unterbrechungen der grenzüberschreitenden Lieferketten noch am ehesten einem typischen Angebotschock entsprechen, ist die Lage bei Dienstleistern in der Gastronomie und im Tourismus eine andere. Hier sind Produktionsfaktoren weiter (und zu weitgehend unverändertem Preis) vorhanden, die Privathaushalte werden aber durch Beschränkungen zur Bekämpfung des Corona-Virus gehindert, die Dienstleistungen tatsächlich nachzufragen. Wichtiger noch: Da der Konsum dieser „sozialen Dienstleistungen“ mit erhöhtem Infektionsrisiko verbunden ist, ist ein Ziel der Politik zurzeit, die Nachfrage nach diesen Dienstleistungen vorübergehend zu unterbinden. Insofern sind diese Bereiche weder von einem typischen Angebotschock (bei dem ein Produktionsfaktor knapper oder teurer wird) noch von einem typischen Nachfrageschock getroffen (den man mit einer Steigerung der Nachfrage korrigieren könnte). Damit unterscheidet sich die aktuelle Krise wesentlich von der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 sowie der anschließenden Krise im Euroraum, die durch einen Einbruch der Nachfrage und des Vertrauens gekennzeichnet waren, und in der es vor allem darum ging, Nachfrage und Vertrauen zu stabilisieren.

Ziel der Wirtschaftspolitik muss es aktuell sein, in der Phase der vorübergehend ausgesetzten Nachfrage die gesamtwirtschaftlichen Einkommen und das Vertrauen in die künftige Wirtschaftsentwicklung zu stabilisieren, um Insolvenzen zu verhindern und so dafür zu sorgen, dass durch den vorübergehenden Einbruch der Wirtschaftsaktivität nicht dauerhaft Angebotsstrukturen beschädigt werden.

In der aktuellen Situation ist es ausgesprochen schwierig, eine belastbare Prognose über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu erstellen. Eine

der Schwierigkeiten ist, dass zurzeit die Maßnahmen zur Infektionseindämmung wie die verordneten Schließungen im Bereich Einzelhandel und Gastronomie sowie die Produktionsunterbrechungen infolge gestörter Lieferketten und Absatzmärkte bestimmend für die aktuelle Konjunkturlage sind. Die weitere Entwicklung in diesen Bereichen hängt nicht nur von dem (ebenfalls kaum verlässlich zu prognostizierenden) Infektionsverlauf ab, sondern auch von der Reaktion der Politik auf diesen.

Ein denkbarer Ansatz wäre, eine Reihe verschiedener Szenarien zu erstellen und zu analysieren. Ein Problem hier ist allerdings, dass die Zahl der plausiblen Szenarien enorm groß ist und mit Annahmen über verschiedene internationale Politikreaktionen noch einmal steigt.

Wir haben für unsere Prognose deshalb einen anderen Ansatz gewählt: Es wurde die Annahme zugrunde gelegt, dass die Einschränkungen im öffentlichen Leben in Deutschland Anfang Mai tatsächlich gelockert werden, sodass die wirtschaftliche Aktivität dann allmählich wieder anspringt. Für andere betroffene Länder wie Italien, Frankreich, Spanien und den USA wurden ähnliche, zum Teil aber zeitlich verschobene, Verläufe angenommen. Grundlage für diese Setzung ist, dass sowohl in China als auch in Südkorea mit mehr und auch weniger drastischen Maßnahmen der Infektionsverlauf nach einigen Wochen unter Kontrolle gebracht worden ist. Deshalb ist zu erwarten, dass die doch sehr umfassenden Maßnahmen in den jetzt schwerpunktmäßig betroffenen Ländern auch dort zu einer Begrenzung der Infektionen führen werden. In gewisser Weise ist die vorliegende Prognose damit eine „Best-Case“-Vorhersage, die ein effizientes, wenn auch nicht notwendigerweise immer optimales Handeln der Politik annimmt. Da nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Politik schwere Fehler machen oder sich die Ausbreitung des Virus dramatischer entwickeln könnte als bislang angenommen, bestehen weiterhin große Abwärtsrisiken. Eine gegenüber dieser Prognose verschärfte weltwirtschaftliche Abschwächung kombiniert mit ausgeprägten Bewegungs- und Produktionseinschränkungen für weitere zwei Monate würden zu einer mehr als doppelt so starken Wirkung des Schocks auf das deutsche Bruttoinlandsprodukt führen.

Die verschärfte Risikolage zeigt sich auch in dem dramatischen Anstieg des IMK Finanzmarktstressindikators. Eine aktuelle Neuberechnung zeigt, dass dieses Maß für die Unsicherheit an den Finanzmärkten von 21% im Februar 2020 auf 62% Mitte März 2020 emporschnellte und damit ähnlich hoch ist wie in vorangegangenen schweren Krisen. Dieser Ausschlag unterstreicht, wie wichtig es war, dass die EZB jüngst ein Krisenprogramm aufgelegt hat und wie wichtig weitere Maßnahmen auf Euroraum-Ebene noch sind (► [Abbildung I auf Seite 31](#)).

Nach unseren Analysen ist der Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe am

stärksten von den Eindämmungsmaßnahmen betroffen. Dieser Wirtschaftsbereich macht 16,2% der Bruttowertschöpfung aus. Angesichts weitreichender Einschränkungen des Gastgewerbes dürfte dieses im zweiten Quartal 2020 nahezu zum Erliegen kommen. Zwar macht das Gastgewerbe für sich genommen nur 1,5% der Wirtschaftsleistung aus, aber auch Handel und Verkehr werden im zweiten Quartal einen deutlichen Einbruch erleben, sodass für den gesamten Wirtschaftsbereich in diesem Jahr mit einem Rückgang um durchschnittlich mehr als 10% zu rechnen ist. Etwas weniger stark dürfte es das Produzierende Gewerbe ohne Bau treffen (24,2% der Bruttowertschöpfung), das von Betriebsschließungen und massiven Unterbrechungen der internationalen Lieferketten betroffen ist. Die öffentlichen Dienstleister, zu denen auch die Krankenhäuser gehören, werden hingegen eine steigende Aktivität verzeichnen. Dieser Bereich hat einen Anteil von 16,8% an der Bruttowertschöpfung.

Wirtschaftspolitisch sind bereits wichtige Maßnahmen ergriffen worden: So wurde – nach Erklären der außergewöhnlichen Notsituation nach den Regeln der Schuldenbremse – ein Nachtragshaushalt alleine für den Bund im Umfang von 156 Mrd. Euro beschlossen. Unternehmen, Selbstständige und Familien werden mittels Steuerstundungen entlastet, mit Krediten und Zuwendungen finanziell unterstützt, der Zugang zu Kurzarbeit wurde erleichtert und die Unternehmen sind um die So-

zialabgaben für die durch Kurzarbeit ausgefallenen Arbeitsstunden entlastet worden. Die Bundesregierung hat zudem einen Wirtschaftsstabilisierungsfonds beschlossen, der sich auch mit Eigenkapital an von der Corona-Krise betroffenen Unternehmen beteiligen kann. Maßnahmen der Europäischen Zentralbank sorgen zudem für Liquidität bei den Banken und an den Finanzmärkten sowie für niedrige Finanzierungskosten (Tabelle 1).

Rückgang des Bruttoinlandsproduktes bis in den Herbst

Vor diesem Hintergrund und unter der Annahme, dass die Einschränkungen des öffentlichen Lebens ab Mai gelockert werden, dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im zweiten Quartal 2020 einen Einbruch um saison- und kalenderbereinigt 4,9% gegenüber dem Vorquartal aufweisen und auch das dritte Quartal wird angesichts hoher Krankenstände, sozialer Distanzierung und des globalen Ausmaßes der aktuellen Krise noch negativ ausfallen (-1,8%). Trotz einer zaghaften Erholung im vierten Quartal ist mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 4% in diesem Jahr zu rechnen. Das kommende Jahr dürfte dann insbesondere im ersten Halbjahr durch Nachholeffekte geprägt sein, sodass das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt um 2,4% zunimmt (Tabellen 2 und 3).

Der private Konsum wird angesichts der umfangreichen Stützungsmaßnahmen nur zwei Quartale schrumpfen und dann die Erholung tragen. Der Konsumeinbruch im Sommerhalbjahr ist dabei primär Resultat der eingeschränkten Konsummöglichkeiten, und bewirkt einen Rückgang um

Tabelle 1

Rahmendaten der Prognose

Jahresdurchschnittswerte

	2019	2020	2021
Dreimonats-Euribor (%)	-0,4	-0,4	-0,4
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen (Euraum) (%) ¹	0,4	0,2	0,2
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen (USA) (%)	2,1	1,2	1,6
Wechselkurs (USD/EUR)	1,12	1,11	1,12
Realer effektiver Wechselkurs des Euro (gegenüber 38 Ländern) ²	91,5	89,8	90,5
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands (gegenüber 56 Ländern) ²	89,1	88,3	88,7
Tarifindex (Destatis, je Stunde) (% gg. Vorjahr)	3,2	2,3	2,3
Ölpreis (Brent, USD)	64	43	55

- 1 Deutschland, Frankreich, Niederlande, Belgien, Österreich, Finnland, Irland, Portugal, Spanien, Italien und Griechenland; BIP-gewichtet.
- 2 Sinkende Werte des Indikatoren bedeuten eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Europäische Zentralbank; EIA; Federal Reserve; Statistisches Bundesamt; ab 2020 Prognose des IMK.



Tabelle 2

Statistische Komponenten des BIP-Wachstums

in % bzw. Prozentpunkten

	2019	2020	2021
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres ¹	0,2	0,1	-1,1
Jahresverlaufsrate ²	0,5	-5,4	4,5
Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate, arbeitstäglich bereinigt	0,6	-4,4	2,4
Kalendereffekt ³	0,0	0,4	0,0
Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate	0,6	-4,0	2,4

- 1 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum arbeitstäglich bereinigten Durchschnitt aller Quartale des Vorjahres.
- 2 Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, arbeitstäglich bereinigt.
- 3 In % des BIP.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK, ab 2020 Prognose des IMK.



Tabelle 3

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2018	2019	2020	2021
Verwendung¹				
Private Konsumausgaben ²	1,3	1,6	-2,0	1,6
Staatskonsum	1,4	2,6	2,6	2,3
Ausrüstungsinvestitionen	4,4	0,6	-4,4	3,0
Bauinvestitionen	2,5	3,9	2,8	2,4
Sonstige Anlageinvestitionen	4,3	2,7	1,0	1,2
Exporte	2,1	0,9	-6,7	4,0
Importe	3,6	1,9	-5,5	5,2
Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,6	-4,0	2,4
Preise				
Bruttoinlandsprodukt	1,5	2,2	1,9	1,8
Konsumausgaben ²	1,5	1,3	1,1	1,1
Importe	1,8	-0,1	-2,7	1,3
<i>Nachrichtlich:</i>				
Verbraucherpreise (VPI)	1,8	1,4	1,1	1,2
Einkommensverteilung				
Arbeitnehmerentgelte	4,5	4,4	0,3	2,7
Gewinne ³	-0,5	-2,6	-3,5	2,6
Volkseinkommen	3,0	2,3	-0,8	2,7
<i>Nachrichtlich:</i>				
Tariflöhne (Stundenbasis)	2,9	3,2	2,3	2,3
Effektivverdienste (Stundenbasis)	3,0	3,2	2,8	2,3
Lohndrift	0,2	0,0	0,5	0,0
Bruttolöhne und -gehälter	4,8	4,2	0,1	2,3
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,2	3,0	0,1	2,1
Entstehung				
Erwerbstätige	1,4	0,9	-0,1	-0,3
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-0,1	-0,3	-2,8	1,0
Arbeitsvolumen	1,3	0,6	-2,9	0,7
Produktivität (je Stunde)	0,3	0,0	-1,1	1,7
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,5	0,6	-4,0	2,4
<i>Nachrichtlich:</i>				
Erwerbslose ⁴ , in 1000	1.468	1.376	1.552	1.652
Erwerbslosenquote ⁵ , in %	3,2	3,0	3,3	3,5
Arbeitslose ⁶ , in 1000	2.340	2.267	2.416	2.514
Arbeitslosenquote ⁷ , in %	5,2	5,0	5,3	5,5
Lohnstückkosten (je Stunde)	2,5	3,4	4,0	0,1
Budgetsaldo, in % des BIP	1,9	1,5	-2,8	-2,5

1 Preisbereinigt.

2 Private Haushalte inklusive privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Unternehmens- und Vermögenseinkommen.

4 In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO).

5 In % der inländischen Erwerbspersonen.

6 In der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

7 In % aller zivilen Erwerbspersonen.

jahresdurchschnittlich 2%. Noch deutlicher sinken im zweiten und dritten Quartal die Exporte und die stark von diesen abhängigen Ausrüstungsinvestitionen; jahresdurchschnittlich schrumpfen die Exporte in diesem Jahr um 6,7%, die Ausrüstungsinvestitionen um 4,4%. Obwohl auch die Importe stark zurückgehen, schlägt der negative Wachstumsbeitrag des Außenhandels mit 0,9 Prozentpunkten dreimal so kräftig zu Buche wie der der anteilig geringeren Ausrüstungsinvestitionen (0,3 Prozentpunkte). Durchgängig positiv entwickeln sich demgegenüber der Staatskonsum und der Bau, die mit einem Anstieg von 2,6% bzw. 4,8% einen noch stärkeren Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität verhindern.

Trotz der weitreichenden Stützungsmaßnahmen und der Erholung ab dem vierten Quartal 2020 macht sich die Covid-19-Krise auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Allerdings wird der weit überwiegende Teil des negativen Effekts auf den Arbeitsmarkt durch eine zeitweilige starke Reduktion der Arbeitszeit mit Hilfe von Kurzarbeit und anderen Instrumenten der internen Flexibilität aufgefangen, sodass die negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung moderat ausfallen. Insgesamt geht die Zahl der Erwerbstätigen in beiden Jahren etwas zurück. Die Arbeitslosigkeit nimmt leicht zu und die Arbeitslosenquote wird von 5,0% im Jahr 2019 auf 5,5% im Jahr 2021 steigen.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie-Krise

Um die Krise mit möglichst geringen Folgen für die Wirtschaft überstehen zu können, sind drei Arten von wirtschaftspolitischen Maßnahmen schnell und entschieden umzusetzen: Erstens muss Liquidität und Solvenz von privaten Haushalten, Unternehmen und Staaten gesichert werden. Zweitens muss die Wirtschaftspolitik Erwartungen auf eine zügige Erholung nach Rücknahme der Eindämmungsmaßnahmen schaffen und drittens muss die Wirtschaftspolitik nach Abklingen der Corona-Krise die Konjunktur ankurbeln, um die Wirtschaft wieder auf einen möglichst hohen Wachstumspfad zu bringen.

Die Bundesregierung hat mit den seit dem 13. März 2020 vorgestellten Maßnahmen und dem in der vergangenen Woche verabschiedeten Nachtragshaushalt im Vergleich zu früheren Abschwüngen und Wirtschaftskrisen erfreulich schnell, entschieden und zielgerichtet reagiert. Die wichtigsten dabei beschlossenen Maßnahmen sind in **Infobox 1** dargestellt. Die Maßnahmen dürften bereits einen wichtigen Beitrag zur Sicherung von Liquidität und Solvenz von Haushalten und Unternehmen leisten; bei der Sicherung der Liquidität der Euro-Staaten gibt es allerdings ebenso noch Handlungsbedarf wie bei der Stabilisierung der Erwartungen über die ganz kurze Frist hinaus.



Infobox 1: Beschlossene Maßnahmen der Bundesregierung zur Stabilisierung der Wirtschaft im Zuge der Covid-19-Krise

Seit Mitte März hat die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die deutsche Wirtschaft im Rahmen der Corona-Krise zu stützen. Ein erstes, am 13. März vorgestelltes Paket enthielt dabei folgende Elemente:

- Erleichterung der Zugangsvoraussetzungen für das Kurzarbeitergeld (Absenkung des Quorums der vom Arbeitsausfall betroffenen Beschäftigten auf 10%; teilweiser oder vollständiger Verzicht auf Aufbau negativer Arbeitszeitsalden)
- Einführung von Kurzarbeitergeld auch für Leiharbeiter
- Vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge, die vom Arbeitgeber für die durch Kurzarbeit ausgefallenen Arbeitsstunden zu entrichten wären, durch die Bundesagentur für Arbeit
- Erleichterte Stundung von Steuern (u. a. Umsatz-, Einkommen-, Körperschaft-, Energie- und Luftverkehrssteuer)
- Erleichterter Zugang zu KfW-Krediten; Anhebung der Umsatzgrenzen für Zugang zu KfW-Programmen; Erhöhung der Risikoübernahme für KfW-Kredite durch den Bund
- Erhöhung des im Bundeshaushalt vorgesehenen Garantierahmens für KfW-Kredite um 93 Mrd. Euro

Am 23. März legte die Bundesregierung ein zweites, umfangreicheres Paket nach und verabschiedete die folgenden weiteren Schritte:

- Nachtragshaushalt auf Bundesebene mit einem Volumen von 156 Mrd. Euro, davon 33,5 Mrd. Euro als veranschlagte Mindereinnahmen und 122,5 Mrd. Euro als geplante Mehrausgaben;

Erklärung der „Notsituation“ im Rahmen der Schuldenbremse

- Soforthilfe für kleine Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler in Höhe von bis zu 9000 Euro (bis fünf Beschäftigte) und 15000 Euro (sechs bis zehn Beschäftigte)
- Erleichterter Zugang zur Grundsicherung für Arbeitsuchende durch vorübergehenden Verzicht bei Neuanträgen auf Vermögensprüfung und Verzicht auf Angemessenheitsprüfung bei Wohnraum
- Schaffung eines „Wirtschaftsstabilisierungsfonds“ analog des in der Finanzkrise 2008/9 eingesetzten Finanzmarktstabilisierungsfonds SoFFin zur Gewährung von Kapitalbeteiligungen (100 Mrd. Euro) und Garantien (400 Mrd. Euro) für nichtfinanzielle Unternehmen
- Anteilige Erstattung von Verdienstausfall bei Familien, bei denen Elternteile wegen Schul- und Kitaschließung der Erwerbstätigkeit nicht mehr oder nur noch beschränkt nachgehen können
- Erleichterter Zugang für Familien zum Kinderzuschlag durch vorübergehenden Verzicht auf Vermögensprüfung und Berücksichtigung nur noch des letzten Monatseinkommens vor Antragstellung (Notfall-Kinderzuschlag)
- Besonderer Kündigungsschutz für Mieter und Verbraucher bei krisenbedingten Zahlungsverzögerungen von Miete oder Rechnungen für Grundversorgung (Strom, Gas, Telekommunikation)
- Bewilligung von 3,5 Mrd. Euro für das Gesundheitssystem, u. a. für die zentrale Beschaffung von Schutzkleidung, zur Kompensation von Einnahmeausfällen von Krankenhäusern und für die Förderung der Entwicklung eines Impfstoffes

Liquidität und Solvenz von Haushalten, Unternehmen und Staaten sichern

Ein zentrales Problem in der aktuellen Krise ist, dass Unternehmen in zahlreichen Branchen kurzfristig und unerwartet die Umsätze weggebrochen sind. Dies gilt zum einen für die Messe-, Reise- und Tourismusbranche wie auch für Betriebe, die man unter den Begriff „sozialen Konsum“ fassen kann, also Restaurants, Cafés, Theater, Musikschulen o. ä., zum anderen für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, bei denen es entweder zu Auftragseinbrüchen oder aber zu Produktionsunterbrechungen durch fehlende Teile oder Vorprodukte gekommen ist. Hier kommt es darauf an, Entlassungen und Firmenpleiten zu vermeiden.

Wichtige Schritte hierzu sind die Entscheidung der Bundesregierung, den Zugang zu Kurzarbeitergeld großzügiger zu gestalten und den Unternehmen die Sozialabgaben bei Kurzarbeit zu erstatten. Die Erfahrungen mit der Krise 2008/9 (als Deutschland trotz massivem Einbruch der Wirtschaftsleistung nur einen geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit erlebte) zeigen, dass dies ein sehr effektives Instrument zur Stabilisierung von Beschäftigung in der Krise sein kann.

Ebenfalls zielführend ist die Stundung von Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, die auch Bofinger et al. (2020a) empfohlen hatten und die die Bundesregierung bereits am 13. März 2020 beschlossen hat. Ebenso sinnvoll war die Entscheidung, KfW-Kreditprogramme aufzustocken und die

Zugangskriterien zu lockern. Richtig war auch der Schritt der Bundesregierung, jenseits von Liquiditätshilfen am 23. März 2020 ein Zuschusspaket mit besonderem Fokus auf Selbständige, Kleinunternehmen und Freiberufler aufzulegen. Für einen beträchtlichen Teil dieser Gruppe verursacht der aktuelle Umsatzeinbruch nicht nur ein vorübergehendes Liquiditätsproblem, sondern Solvenzschwierigkeiten; zudem besteht bei KfW-Krediten die Gefahr, dass sich die Geschäftsbanken trotz verstärkter Risikoübernahme durch den Bund mit Kreditvergaben in der aktuellen Krise zurückhalten. Gleichfalls sinnvoll und zielführend ist der Ansatz, den Zugang zur Grundsicherung für Arbeitssuchende und zum Kinderzuschlag zeitweise zu erleichtern. Zudem werden Familien für einen Teil des Einkommensverlusts kompensiert, der sich ergibt, wenn eines der Elternteile zur Kinderbetreuung zu Hause bleiben muss, weil Schulen und Kitas geschlossen sind. Mit diesen Maßnahmen werden nicht nur die verfügbaren Einkommen und damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stabilisiert, sondern auch soziale Verwerfungen verhindert.

Auch der Wirtschaftsstabilisierungsfonds ist ein wichtiges Stabilisierungsinstrument mit großem Potenzial. Er kann zum einen Kredite an Großunternehmen geben, die jenseits der Kreditgrenzen der KfW liegen. Zum anderen bietet er die Gelegenheit, dass sich der Bund mit Eigenkapital an für die deutsche Wirtschaftsstruktur wichtigen Unternehmen beteiligt. Die Lösung von Eigenkapitalbeteiligungen ist hier Kredite oder gar Zuschüssen vorzuziehen, weil nicht nur die Risiken auf den öffentlichen Sektor abgewälzt werden, sondern der Staat auch an potenziellen Kursgewinnen nach der Krise teilhaben kann.

Eine Lücke bleibt bei den Einkommen von Menschen in Kurzarbeit. Die zu erwartende massenhafte Kurzarbeit belastet die verfügbaren Einkommen der Haushalte und damit in zweiter Runde auch den Konsum. Zwar wurde mit dem erleichterten Zugang zur Grundsicherung für Arbeitssuchende und dem Kinderzuschlag eine ergänzende Möglichkeit zur Aufstockung von Einkommen in Kurzarbeit geschaffen, die aber unnötigen zusätzlichen Verwaltungsaufwand mit sich bringt. Deshalb wäre es einfacher und sinnvoll, zum einen in der aktuellen Krise das Kurzarbeitergeld aufzustocken, zum anderen temporär das Arbeitslosengeld I zu erhöhen. In einigen Branchen sind für die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes tarifliche Regelungen denkbar und sinnvoll, wie sie etwa die Sozialpartner der Metall- und Elektroindustrie jüngst vereinbart haben. In anderen, besonders betroffenen Branchen, werden Unternehmen allerdings aufgrund massiver Umsatzeinbrüche keinen ausreichenden Spielraum für solche Aufstockungen haben. Hier sollte über eine Erhöhung der Ersatzleistung nachgedacht werden, möglicherweise auch nach Einkommen gestaffelt, sodass vor allem niedrige Einkommen aufgestockt werden.

Eine weitere Baustelle ist die Zahlungsfähigkeit der anderen Euroländer. So gibt es Anzeichen, dass der Einbruch der Wirtschaftsleistung die Risikoprämien für einige besonders betroffene Länder mit ohnehin hohem Schuldenstand in die Höhe treibt und dadurch diese Staaten in Liquiditäts- und am Ende in Solvenzprobleme bringen könnte. Hier ist ein schnelles und unmissverständliches Signal der Regierungen der Euroländer notwendig, dass einer solchen Entwicklung entschlossen entgegen gewirkt wird. Das von der EZB am 18. März 2020 angekündigte Wertpapierkaufprogramm „Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP)“ mit einem Volumen von 750 Mrd. Euro ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die darin zum Ausdruck kommende Bereitschaft der EZB weiterhin alles zu tun, was erforderlich ist, um den Euroraum zusammenzuhalten und zu stabilisieren, hat bereits zu einer deutlichen Verringerung der Risikoprämien geführt. Da das PEPP der EZB grundsätzlich erlaubt, stärker als in früheren Programmen gezielt Staatsanleihen einzelner Länder aufzukaufen und zudem die theoretische Möglichkeit besteht, das Volumen weiter aufzustocken, besteht derzeit keine Notwendigkeit, über Programme des ESM die Outright Monetary Transactions (OMT) der EZB zu aktivieren.

Darüber hinaus sollten die Regierungen des Euroraums in einem gewissen Umfang Schulden gemeinsam aufnehmen, um einen Teil der Kosten des Gesundheitssystems, der finanziellen Überbrückung und der nachgelagerten Anregung der Konjunktur zu bewerkstelligen. Die Bonds mit gemeinschaftlicher Haftung hätten zwei entscheidende Wirkungskanäle (Theobald und Tober 2020): Erstens würden diese Eurobonds die Bekenntnis der Regierungen zum Euroraum bekräftigen und damit der EZB Rückendeckung geben. Zweitens würden die Eurobonds das Volumen an sicheren Aktiva erhöhen und damit ebenfalls die Stabilität des Euroraums stärken. Mit diesen Maßnahmen würden die Regierungen den Zusammenhalt im Euroraum demonstrieren und unmittelbar positiv auf die Erwartungen der Finanzmarktteilnehmer, der Unternehmen und der Konsumenten wirken. Zur Finanzierung der direkten und indirekten Kosten und Folgekosten der Covid-19-Krise analog des Vorschlags von Bofinger et al. (2020b) erscheint zunächst ein Volumen von 1000 Mrd. Euro sinnvoll.

Erwartungen stabilisieren

Um Beschäftigungsverluste in der Krise zu begrenzen, ist neben einer kurzfristigen Stabilisierung von Liquidität und Einkommen mindestens ebenso wichtig, dass bei den Unternehmen Erwartungen einer absehbaren Erholung der Absatzsituation geschaffen werden. Nur, wenn die Betriebe davon ausgehen können, dass sich ihre Umsätze nach der Krise wieder auf altem Niveau einpendeln, werden sie Beschäftigte halten.

Ein zentrales Element der Erwartungsstabilisierung ist ein plausibles Ausstiegsszenario aus den Maßnahmen zur Eindämmung der Virusverbreitung. Es müsste so schnell wie möglich kommuniziert werden, wann und unter welchen Bedingungen die Beschränkungen gelockert werden. Zwar ist von epidemiologischer Seite klar, dass eine weitgehende Vermeidung von Neuinfektionen bis Ende der Osterferien (der bislang verkündete Mindestzeitraum der Schulschließungen) nicht realistisch ist, private Haushalte und Unternehmen im Land werden aber bisher nicht klar darüber informiert, wie nach diesem Zeitpunkt weiter verfahren werden soll. Die oben beschriebenen Schätzungen hinsichtlich der massiven ökonomischen Auswirkungen der Schließung von Gastronomie und Einzelhandel legen nahe, dass diese Einschränkungen wirtschaftlich nicht unbegrenzt aufrecht zu erhalten sind. Notwendig ist deshalb eine plausible Strategie, wie allmählich die Beschränkungen gelockert werden können, ohne dass es zu einem neuen Emporschießen der Infektionszahlen kommt. Plausibel kann eine solche Strategie nur sein, wenn gleichzeitig jetzt schon die notwendigen Maßnahmen unter Einbeziehung epidemiologischer Expertise vorbereitet werden.¹

Darüber hinaus wäre es sinnvoll, wenn bereits jetzt die Auftragsbücher der Unternehmen für die Zeit nach der Covid-19-Krise gefüllt würden. Dabei sollten solche Aufträge nicht nur konjunkturstabilisierend sein, sondern zugleich einen transformativen Charakter in Bezug auf die notwendige Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft haben.

Bei der Automobilindustrie würde sich eine spezielle Prämie für den Ersatz alter Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor durch e-Autos anbieten. Aufgrund der ungünstigen Klimabilanz der Batterieherstellung sollte diese auf PKW mit niedrigem bis mittlerem Verbrauch beschränkt werden. Hier könnte grundsätzlich die Abwrackprämie aus dem Jahr 2009 als Vorbild dienen oder eine Aufstockung des bestehenden Umweltbonus zur Förderung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen. Diese Abwrack- oder Zusatz-Prämie könnte auch zeitlich fallend gestaltet werden, d. h. dass Personen oder Unternehmen, die in den nächsten Wochen bestellen, eine größere Prämie erhalten als jene, die ein Auto erst in zwei Monaten bestellen. Zwar können die Autos kaum zeitnah ausgeliefert werden, aber die Automobilindustrie hätte auf diese Weise zum Ende der Isolationsmaßnahmen bereits ein Auftragspolster.

Auch die von Bofinger et al. (2020a) vorgeschlagenen verbesserten Abschreibungsbedingungen könnten hier helfen. Denkbar wäre, etwa bis zum

Jahresende eine Sofortabschreibung von Ausrüstungen zu ermöglichen. Die zeitliche Begrenzung würde hier einen Anreiz zu einer schnellen Planung und Umsetzung von Investitionen bieten. Zugleich würde eine solche Regelung den Unternehmen Liquidität verschaffen.

Ebenfalls denkbar wäre zudem, die bereits angestoßenen und ausgeschriebenen Programme zum Ausbau des ÖPNV durch Elektrobusse auszuweiten. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, die bereits vor der Covid-19-Krise breit diskutierte Modernisierung der deutschen Infrastruktur voranzutreiben und das von Bardt et al. (2019) geforderte 457-Mrd.-Euro-Programm umzusetzen. Auch hier könnten Ankündigungen und erste legislative Vorarbeiten die Erwartungen der Unternehmen stabilisieren.

Zur Ankurbelung der Gastronomie und des Tourismus könnte man frühzeitig ankündigen, die Mehrwertsteuer in den Bereichen Gastronomie, Beherbergung und kulturelle Einrichtungen für ein halbes Jahr nach Ende der einschränkenden Maßnahmen vorübergehend auf 0 % zu setzen. Dieses würde entweder – soweit Unternehmen die Steuer senkung weitergeben – Anreize zum Nachholen von ausgefallenem Konsum geben oder – soweit die Betriebe die Preise nicht senken – die Gastronomie für entgangene Erträge kompensieren.

Die möglichst zeitnah angekündigten, wenn auch nur teilweise unmittelbar umgesetzten Maßnahmen könnten dazu beitragen, dass sich die Wirtschaft nach dem absehbaren Einbruch schnell wieder erholt und gegebenenfalls verlorene Beschäftigung nicht über Hysterese-Effekte zu dauerhaft höherer Arbeitslosigkeit und dauerhaft niedrigeren Kapazitäten der deutschen Wirtschaft führt.

Eine Lehre aus der internationalen Finanzkrise sollte auch sein, dass die Tilgung der zur Pandemie-Bekämpfung aufgenommenen Staatsschulden über einen langen Zeitraum gestreckt werden muss und erst erfolgen sollte, wenn sich die Konjunktur gefestigt hat. Hierfür sprechen auch die sehr niedrigen – für Deutschland über das gesamte Laufzeit-spektrum sogar negativen – Zinsen.

COVID-19 TRIFFT DIE WELTWIRTSCHAFT SCHWER

Die Weltwirtschaft steht Ende März 2020 in Folge der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus vor einer schweren Belastungsprobe. Die von dem Virus verursachte Atemwegserkrankung Covid-19 war erstmals Ende Dezember 2019 in der chinesischen Millionenstadt Wuhan aufgetreten und entwickelte sich seitdem zu einer weltweiten Pandemie. Die wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Ausbreitung und der zur Eindämmung notwendigen Maßnahmen sind massiv. Angebotsseitig wirken der Ausfall von Beschäftigten, die Schließung von Produktions-

¹ In der Diskussion sind zur Zeit etwa Kontaktverfolgung über Mobiltelefone, Fieberkontrollen beim Zugang zu öffentlicher Infrastruktur und erhöhte Testkapazitäten. Das IMK hat keine Expertise auf dem Gebiet der Epidemiologie. Diese Maßnahmen sind deshalb nur als Beispiele ohne Anspruch auf Wirksamkeit zu sehen.

anlagen und die Störung grenzüberschreitender Lieferketten negativ auf die Produktion. Nachfrageseitig wird der private Verbrauch von Produkten und Dienstleistungen zurückgefahren, die nicht zur Erfüllung der Grundbedürfnisse notwendig sind. Zudem werden Konsum- und Investitionsausgaben angesichts der unsicheren Lage aufgeschoben. So gerät in vielen Ländern auch die Binnennachfrage unter Druck, die in den vergangenen Jahren angesichts des durch internationale Handelskonflikte belasteten außenwirtschaftlichen Umfelds eine besondere Rolle als Wachstumsstütze innehatte. Da sich das Coronavirus mit großer Geschwindigkeit global ausbreitet und bis auf China nahezu alle großen Wirtschaftsräume gleichzeitig betroffen sein werden, dürften die Exportvolumina ab dem zweiten Quartal des Jahres einbrechen. Unter dem damit einhergehenden Nachfragerückgang nach Rohstoffen leiden besonders auch jene Volkswirtschaften, die auf den Export von Rohstoffen spezialisiert sind.

Vor diesem Hintergrund ist mit einer globalen Rezession im ersten Halbjahr 2020 zu rechnen. Der Rückgang der Wirtschaftsaktivität dürfte in vielen Ländern noch bis ins zweite Halbjahr andauern. Während der Einbruch des Welthandels 2020 in ähnlicher Größenordnung liegen dürfte wie zu Zeiten der Finanzmarktkrise von 2008/09, droht der Rückgang des Welt-BIP sogar noch stärker auszufallen. Unter der Annahme, dass sich die Epidemie im Jahresverlauf abschwächt, ist aufgrund von Aufholeffekten und expansiver wirtschaftspolitischer Maßnahmen mit einem schnellen Wiederanziehen der weltweiten Konjunktur im Verlauf des zweiten Halbjahrs 2020 zu rechnen. Insgesamt wird die Weltproduktion 2020 aber um mehr als 1% zurückgehen. Im Jahr 2021 liegt das Tempo der wirtschaftlichen Erholung dann bei gut 4% (Tabelle 4, ► Abbildung A - D auf Seite 23 ff.).

Wirtschaftliche Folgen der Epidemie in China bereits immens

Im vergangenen Jahr expandierte die chinesische Wirtschaft um 6,1%. Die Zunahme der Produktion fiel aufgrund des Handelskonflikts mit den Vereinigten Staaten etwas schwächer aus als in den Vorjahren. Infolge der Covid-19-Pandemie und der konsequenten Maßnahmen zu deren Eindämmung dürfte das BIP 2020 allenfalls stagnieren. Im nächsten Jahr ist dann mit einer kräftigen Wachstumserholung zu rechnen (Tabelle 4).

Ende Januar 2020 reagierte die chinesische Regierung auf rasch gestiegene Infektionszahlen in der Provinz Hubei mit weitreichenden Quarantänemaßnahmen und strikter sozialer Distanzierung, die eine Kappung der Verkehrsverbindungen zum Rest des Landes sowie eine Schließung der Schulen und Produktionsstätten beinhalteten. Landesweit wurden Veranstaltungen mit größeren Menschenansammlungen verboten und die Neu-

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts und der Konsumentenpreise wichtiger globaler Handelspartner

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	Exportanteil ¹	Bruttoinlandsprodukt			Konsumentenpreise ²		
		2019	2020	2021	2019	2020	2021
Europa							
EU	58,6	1,4	-4,0	1,8	1,4	1,2	1,3
Euroraum	37,1	1,2	-4,4	2,0	1,2	0,9	1,2
UK	6,0	1,4	-4,6	2,0	1,8	1,8	1,7
Schweiz	4,3	0,9	-2,4	0,7	0,1	0,5	0,4
Russland	2,0	1,3	-6,0	4,1	4,5	3,5	3,4
Türkei	1,5	0,1	-6,2	5,1	15,3	7,0	7,7
Asien							
China	7,2	6,1	0,1	9,0	2,9	2,1	2,9
Japan	1,6	0,8	-3,3	0,7	0,3	1,3	0,6
Südkorea	1,3	2,0	-1,1	3,9	0,3	0,4	1,7
Indien	0,9	5,3	0,4	8,2	4,4	5,6	3,6
Amerika							
USA	9,0	2,3	-3,1	2,0	1,4	1,6	1,5
Kanada	0,9	1,6	-2,0	2,5	1,6	1,9	1,8
Mexiko	1,0	0,1	-2,0	2,6	3,5	2,4	2,3
Brasilien	0,8	0,9	-2,9	3,8	3,7	3,2	3,5
Ozeanien/Afrika							
Australien	0,7	1,8	-2,2	2,7	1,9	1,8	1,5
Südafrika	0,7	0,2	-1,5	2,3	3,6	3,8	3,8
Summe	90,2						
		Welthandel			Welt-BIP ³		
		2,5	-6,5	7,5	3,0	-1,3	4,3

1 Anteil an den gesamten deutschen Warenexporten 2019 in %.

2 Harmonisierter Verbraucherpreisindex für EU und Mitgliedsländer, ansonsten Konsumdeflator.

3 Wachstum bezieht sich auf US-Dollar-Größe. Umrechnung mit Kaufkraftparitäten (2011).

Quellen: Macrobond, NiGEM, Berechnungen des IMK; ab 2020 Prognose des IMK unter Verwendung von NiGEM.



jahrsferien verlängert. Durch diese Maßnahmen scheint es in China gelungen zu sein, die Krankheit einzudämmen.

Die wirtschaftlichen Folgen der Epidemie sind immens. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres fielen die Einzelhandelsumsätze um mehr als 20%, der Autoabsatz um 80%. Die städtischen Anlageinvestitionen und die Industrieproduktion, die in den vergangenen Jahren im Einklang mit der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate um jeweils gut 6% im Vorjahresvergleich expandiert waren, sanken im Februar um 24,5% bzw. 13,5%.

Aus China werden derzeit keine Neuinfektionen gemeldet und die chinesische Wirtschaft belebt sich nach nunmehr knapp zwei Monaten drastischer Eindämmungsmaßnahmen wieder. Über

die vier Großbanken des Landes stellt der Staat den Unternehmen umfangreich Liquidität zur Verfügung. Inwieweit die Epidemie Unternehmen in die Insolvenz gezogen hat, lässt sich noch nicht beurteilen. Im Jahresverlauf wird aber eine dynamische Erholung der Wirtschaftsaktivität einsetzen. Förderlich hierfür werden auch die angekündigten wirtschaftspolitischen Maßnahmen sein. So plant der Staat beispielsweise großvolumige Infrastrukturmaßnahmen zum landesweiten Ausbau des Mobilfunknetzes auf Basis des 5G-Standards.

Japanische Wirtschaft stürzt in die Rezession

Die Produktion in Japan ging im letzten Quartal 2019 deutlich um 1,6% zurück. Ursächlich hierfür waren Produktionsstörungen durch einen ungewöhnlich starken Taifun und kräftige Rückgänge des privaten Verbrauchs infolge der Mehrwertsteuererhöhung von 8% auf 10%.

Auch in Japan breitet sich der Covid-19-Erreger weiter aus. Angesichts geringer Testzahlen – die gesamte Anzahl der Tests in Japan bis zum 20. März entsprach der in Südkorea an einem Tag getesteten Personen – lässt die vergleichsweise geringe Dynamik der Infektionszuwächse kaum den Schluss zu, dass die Krankheit in Japan Ende März schon eingedämmt ist. Vielmehr scheint das Problembewusstsein erst allmählich zu steigen. Erst Ende März wurde eine Verschiebung der Olympischen Sommerspiele verkündet. Weitere Maßnahmen, die die Ausbreitung des Virus eindämmen und die Wirtschaftsaktivität beeinträchtigen werden, stehen aber noch aus. Eine Belebung von Produktion und Nachfrage dürfte daher kaum vor der zweiten Jahreshälfte zu erwarten sein. Darauf deuten auch stark rückläufige Einkaufsmanagerindizes für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor hin.

Schon zum Jahresende 2019 schnürte die japanische Regierung ein Konjunkturpaket in Höhe von 13,2 Billionen Yen (rund 2,5% des BIP), das im Zuge der Corona-Krise aber bisher nur um 1,5 Billionen Yen aufgestockt wurde. Die jüngsten Maßnahmen bestehen aus zinslosen Krediten für kleinere und mittlere Unternehmen, die besonders von Einnahmeausfällen betroffen sind.

Covid-19-Epidemie beendet den US-Aufschwung

Die US-Wirtschaft wuchs in den letzten drei Quartalen 2019 um jeweils 0,5%. Im Jahresverlauf wurde dabei der private Verbrauch deutlich ausgeweitet, während die Zunahme sowohl der Ausfuhren als auch der Investitionen merklich an Tempo verlor. In den letzten drei Quartalen des Jahres waren die Anlageinvestitionen sogar rückläufig.

Durch die Ausbreitung des Coronavirus endet der bislang längste Konjunkturaufschwung der

US-amerikanischen Geschichte. Darauf deutet der massive Anstieg der Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung in der letzten Märzwoche hin. Umfragebasierte Indikatoren, die von der Federal Reserve Bank von Philadelphia im März veröffentlicht wurden, berichten zudem eine deutliche Abschwächung regionaler Aktivitäten im Verarbeitenden Gewerbe sowie eine dramatische Eintrübung der Geschäftsaussichten auf Basis der Auftragseingänge.

Die Zahl der Covid-19-Infektionen in den USA steigt derzeit exponentiell. Mehrere Bundesstaaten haben inzwischen mit Ausgangssperren auf die Ausbreitung des Erregers reagiert. Durch die mangelnde soziale Absicherung dürften allerdings einige Beschäftigte trotz einschlägiger Symptome weiter zur Arbeit gehen und so die Infektion weiter verbreiten.

Abseits der Grundbedürfnisse droht es zu einer merklichen Konsumabschwächung zu kommen. Die konjunkturelle Abkühlung dürfte sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Nachdem die Arbeitslosenquote seit ihrem Höchststand von 10% im Jahre 2009 kontinuierlich bis auf 3,5% im Februar dieses Jahres zurückgegangen war, droht angesichts schwach entwickelter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen des Staates ein deutlicher Abbau der Beschäftigung.

Seit März reagierte die US-Notenbank Fed auf die drohenden wirtschaftlichen Schäden der Pandemie mit zwei Zinssenkungen um insgesamt 1,50 Prozentpunkte, sodass der Leitzins derzeit zwischen 0 und 0,25% liegt. Weiterhin hat die Fed makroprudenzielle Erleichterungen für den Bankensektor beschlossen. Angekündigt sind außerdem Maßnahmen, die den Kreditfluss an Konsumenten und Unternehmen – insbesondere an kleinere und mittelgroße – um insgesamt 300 Milliarden US-Dollar erhöhen sollen, sowie ein unlimitiertes Kaufprogramm für Staatsanleihen und Hypothekensicherungspapiere.

Auch die US-Regierung plant ein gigantisches Hilfsprogramm gegen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise. Es soll ein Volumen von bis zu 2 Billionen US-Dollar (10% des BIP) haben, wovon 500 Milliarden US-Dollar in Form von Schecks direkt an die Haushalte zur Stärkung ihrer Kaufkraft verteilt werden. Weitere bisher angeordnete Maßnahmen sind 300 Milliarden US-Dollar für die direkte Unterstützung kleinerer und mittelgroßer Unternehmen, 110 Milliarden US-Dollar für das Gesundheitssystem und 50 Milliarden US-Dollar für die Beteiligung an Fluggesellschaften. Ein großer Teil des Pakets soll zudem aus staatlichen Garantien für Bankkredite bestehen.

Angesichts der sich schnell ändernden Informationslage unterliegt die Prognose der konjunkturellen Entwicklung derzeit einer besonders hohen Unsicherheit. Alles in allem dürfte die US-Wirtschaft in diesem Jahr um gut 3% schrumpfen und im nächsten Jahr um gut 2% zulegen (Tabelle 4, ► Abbildung A auf Seite 23).

CORONA-KRISE STÜRZT EUROLÄNDER IN SCHWERE REZESSION

Die Corona-Krise trifft die Länder des Euroraums in einer wirtschaftlich schwierigen Lage. Das Euroraum-BIP nahm im vergangenen Jahr nur um 1,2% zu, die niedrigste Jahreswachstumsrate seit der Eurokrise 2012/13. Im letzten Quartal 2019 betrug die Wachstumsrate nur noch 0,1% zum Vorquartal. Getragen wurde das Wachstum vor allem von den Bruttoanlageinvestitionen; die Nettoexporte lieferten hingegen einen negativen Wachstumsbeitrag.

Trotz konjunktureller Eintrübung hielt die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zuletzt an. Die Arbeitslosenquote lag im Januar saisonbereinigt bei 7,4% (► **Abbildung D auf Seite 26**). Nach wie vor gibt es aber große Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern des Währungsraums: Die Arbeitslosenquoten in Griechenland waren mit zuletzt 16,3%, in Spanien mit 13,7% und in Italien mit 9,8% immer noch hoch im Vergleich zu Deutschland mit einer Quote von 3,2%.²

Für den Prognosezeitraum haben sich die Ausichten aufgrund des Ausbruchs der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden globalen wirtschaftlichen Verwerfungen dramatisch verschlechtert. Zwar ist zu erwarten, dass die europäischen Regierungen die Krise fiskalpolitisch etwas abfedern werden und die EZB im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiterhin unterstützend tätig sein wird. Allerdings sind die fiskalischen Möglichkeiten einzelner Mitgliedsländer trotz temporärer Aufhebung der EU-Finanzregeln stark beschränkt und eine gemeinsame oder zumindest koordinierte fiskalische Strategie auf europäischer Ebene als Antwort auf die Pandemie ist bislang ausgeblieben.

Das BIP im Euroraum dürfte in diesem Jahr um 4,4% einbrechen, was in etwa dem wirtschaftlichen Einbruch in der Finanzkrise 2009 entspricht. Infolge der schweren Rezession wird die Arbeitslosenquote im Euroraum im Jahresdurchschnitt auf 9,6% steigen. Im nächsten Jahr dürften sich die Volkswirtschaften des Euroraums dann wieder etwas erholen. Das BIP des Euroraums dürfte 2021 um 2,0% wachsen und die Arbeitslosenquote auf 8,7% zurückgehen. Die Verbraucherpreise werden 2020 um 0,9% und 2021 um 1,2% steigen (**Tabelle 5**).

Die Risiken eines stärkeren wirtschaftlichen Einbruchs sind derzeit hoch. Eine noch schnellere Verbreitung des Corona-Virus sowie eine längere Dauer der zur Bekämpfung des Virus verhängten drastischen Maßnahmen könnten die Rezession im Euroraum erheblich vertiefen.

² Griechenland Stand Dezember 2019; alle anderen Stand Januar 2020. Die hier genannten Arbeitslosenquoten stammen von Eurostat und folgen den Definitionen der ILO (International Labour Organization).

Tabelle 5

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts und der Konsumentenpreise wichtiger europäischer Handelspartner
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt ¹			Konsumentenpreise ²		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Deutschland	0,6	-4,4	2,4	1,4	1,3	1,3
Frankreich	1,3	-4,6	2,0	1,3	1,1	1,1
Italien	0,3	-4,9	0,2	0,6	0,5	0,6
Spanien	2,0	-4,7	2,4	0,8	0,8	1,0
Niederlande	1,7	-4,1	3,0	2,7	1,5	1,4
Belgien	1,4	-4,3	2,9	1,3	0,9	0,8
Österreich	1,5	-3,8	1,3	1,4	1,2	1,2
Irland	5,7	-1,7	1,6	0,9	1,0	0,9
Finnland	1,0	-4,4	4,1	1,1	1,2	1,0
Portugal	2,2	-4,6	1,8	0,3	0,2	0,7
Griechenland	2,0	-3,6	4,0	0,5	0,7	0,7
Euroraum	1,2	-4,4	2,0	1,2	0,9	1,2
Dänemark	2,2	-3,5	3,1	0,7	1,1	1,0
Polen	4,1	-2,8	3,0	2,1	2,2	2,0
Rumänien	4,2	-1,7	4,3	3,9	2,2	3,0
Schweden	1,3	-2,8	3,3	1,7	1,4	1,9
Tschechien	2,4	-3,4	1,9	2,5	2,3	2,3
Ungarn	4,9	-3,2	4,4	3,3	2,1	3,2
EU	1,4	-4,0	1,8	1,4	1,2	1,3
	Arbeitslosenquote			Leistungsbilanzsaldo ³		
Euroraum	7,5	9,6	8,7	2,9	2,4	2,4
EU	6,4	8,4	7,9			

¹ Saison- und kalenderbereinigt.

² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

³ In % des BIP.

Quellen: Macrobond, NiGEM, Berechnungen des IMK; ab 2020 Prognose des IMK unter Verwendung von NiGEM.



Schwere Wirtschaftskrise in Italien

Italien ist das derzeit am stärksten von der Corona-Krise betroffene europäische Land. Epizentrum der Covid-19-Epidemie ist die wirtschaftlich wichtige Region der Lombardei. Dort stiegen die Infektions- und Sterbezahlen in den vergangenen Wochen dramatisch (Johns Hopkins Universität 2020). Zur Eindämmung des Virus stellte der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte am 8. März die Lombardei sowie 14 weitere Gebiete im Norden Italiens unter Quarantäne. Am 10. März wurde die Quarantäne auf ganz Italien ausgeweitet. Seit dem 23. März sind alle nicht als „essentiell“ eingestuft Betriebe geschlossen.

Die Corona-Krise trifft die italienische Wirtschaft in einer ohnehin schwierigen Verfassung. Im vergangenen Jahr wuchs das italienische BIP nur

noch um 0,3%, das niedrigste Jahreswachstum seit 2014. Im letzten Quartal 2019 ging das BIP sogar um 0,3% zurück. Positive Wachstumsbeiträge kamen dabei nur vom Außenhandel. Noch immer liegt das italienische BIP um knapp 5% unter dem Vorkrisenniveau von 2007. Trotz schwacher konjunktureller Dynamik lag die Arbeitslosenquote in der zweiten Jahreshälfte 2019 durchgängig unter 10%. Mit derzeit 9,8% (Januar 2020) liegt sie aber immer noch deutlich über dem Durchschnitt des Euroraums (7,4%) und auch über ihrem Vorkrisenniveau (2007: 6,1%).

Italiens Staatsverschuldung ist mit 135% des BIP (2019) die zweithöchste im Euroraum hinter Griechenland. Aufgrund der hohen fiskalischen Kosten, die für das Gesundheitswesen, die soziale Sicherung der Bevölkerung sowie zur konjunkturellen Stabilisierung derzeit nötig sind, sowie dem absehbaren Rückgang des BIP, ist von einer stark steigenden Staatsschuldenquote auszugehen. Entsprechend schnell stiegen die Zinsen italienischer Staatsanleihen an den Finanzmärkten. Erst nach Ankündigung des Nothilfeprogramms der EZB vom 18. März sanken die Zinsen wieder leicht und liegen seitdem um 2 Prozentpunkte über der entsprechenden deutschen Bundesanleihe verglichen mit durchschnittlich 1,5 Prozentpunkten im zweiten Halbjahr 2019.

Die italienische Regierung hat am 16. März ein Unterstützungspaket für das Gesundheitswesen und die Wirtschaft angekündigt, das 25 Mrd. Euro (1,5% des BIP) umfasst, wovon 20 Mrd. Euro (1,1% des BIP) über Nettokreditaufnahme finanziert werden soll. Die Maßnahmen umfassen Steuerstundungen, Liquiditätshilfen und ein Schuldenmoratorium für Unternehmen mit dem Ziel Beschäftigung und Einkommen aufrechtzuerhalten (Ministero dell'Economia e delle Finanze 2020).

Aufgrund der wirtschaftlichen Verwerfungen durch die Corona-Krise befindet sich die italienische Wirtschaft bereits in einer schweren Rezession. Das italienische BIP wird in diesem Jahr um 4,9% zurückgehen und die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf 11,3% steigen. Im kommenden Jahr wird die Wirtschaft zwar nicht mehr schrumpfen, eine nennenswerte Erholung wird aber aufgrund einer schwächeren Grunddynamik ausbleiben. Das BIP dürfte 2021 nur um 0,2% zunehmen und die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf 12,2% ansteigen (Tabelle 5).

Spanien und Frankreich ebenfalls schwer betroffen

Auch Spanien ist von der Corona-Krise derzeit schwer betroffen. Zur Bekämpfung der Seuche verhängte die spanische Regierung am 14. März eine landesweite Ausgangssperre, die wohl mindestens bis zum 11. April gelten soll. Zwar war die wirtschaftliche Entwicklung Spaniens zuletzt noch recht robust, die Jahreswachstumsrate des BIP war im vergangenen Jahr 2,0% und das Quartalswachstum betrug im 4. Quartal 0,5%. Trotzdem wird auch die spanische Wirtschaft durch die Corona-Krise eine schwere Rezession erleben.

Am 18. März kündigte die spanische Regierung ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung des Gesundheitswesens und der Wirtschaft in Höhe von 18 Mrd. EUR (1,5% des BIP) an. Darüber hinaus werden Kreditgarantien in Höhe von 100 Mrd. EUR gewährt, die sich zusammen mit zusätzlichen Bankkrediten der Privatwirtschaft auf fast 200 Mrd. EUR summieren und die Versorgung der Unternehmen mit Liquidität sicherstellen sollen (Ministerio de Asuntos Economicos y Transformacion Digital 2020).

Trotz der fiskalischen Maßnahmen wird mit einem Einbruch des spanischen BIP von 4,7% in diesem Jahr gerechnet. Aufgrund ihrer grundsätzlich robusten Dynamik wird sich die spanische Wirtschaft 2021 etwas erholen und das BIP dann um 2,4% wachsen.

Auch Frankreich ist zunehmend von der Corona-Pandemie betroffen. Während das französische BIP im gesamten Jahr 2019 noch um 1,3% wuchs, war das Wachstum im letzten Quartal 2019 mit -0,1% bereits leicht negativ. Der französische Präsident hat am 17. März im Kampf gegen die Pandemie eine landesweite Ausgangssperre ausgerufen, die mindestens 14 Tage dauern soll. Zur Stützung von Unternehmen und Beschäftigten plant die Regierung ein Maßnahmenpaket in Höhe von 45 Mrd. EUR (1,9% des BIP) sowie staatliche Garantien für Bankkredite in Höhe von 300 Mrd. EUR (Le Maire 2020).

Trotz dieser Maßnahmen wird auch die französische Wirtschaft in eine schwere Rezession stürzen und das BIP dürfte 2020 um 4,6% schrumpfen. Im Laufe des nächsten Jahres dürfte eine Erholung stattfinden, sodass das französische BIP 2021 um 2,0% zunehmen wird.

Auch die kleineren Volkswirtschaften des Euroraums sowie die übrigen Länder der EU werden einer schweren Rezession aufgrund der Covid-19-Pandemie nicht entgehen können. Das BIP der EU wird in diesem Jahr um 4,0% zurückgehen, vergleichbar mit dem Rückgang während der Finanzkrise 2009, und sich im kommenden Jahr mit einem Wachstum von 1,8% leicht erholen (Tabelle 5).

DEUTSCHLAND

Außenhandel bricht im Zuge der Corona-Krise drastisch ein

Im Jahr 2019 legten die deutschen Exporte nur geringfügig zu. Die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen stiegen im Jahresverlauf preisbereinigt um gerade einmal 1%; im Jahresdurchschnitt betrug der Zuwachs 0,9%. Maßgeblich für die schwache Exportentwicklung war der erneute Rückgang bei Deutschlands wichtigstem Exportgut, den Kraftfahrzeugen und -teilen, die ein Minus von 3,2% verzeichneten. Auf fast allen wichtigen Auslandsmärkten wurden weniger deutsche Autos abgesetzt (Abbildung 1), wengleich aus unterschiedlichen Gründen. So gingen die Autoexporte nach Großbritannien im Sog der seit dem Brexit-Referendum im deutsch-britischen Außenhandel bestehenden Abwärtsspirale erneut kräftig zurück (-5,2%). Dass die Autoexporte in die USA sanken, lag hingegen maßgeblich daran, dass die positiven Nachfrageimpulse infolge der US-Steuerreform ausliefen und deutsche Hersteller ihre Produktionskapazitäten in Nordamerika weiter ausbauten. Bemerkenswert ist, dass Deutschland trotz des heftigen Einbruchs des chinesischen Automarkts um mehr als 8% den Fahrzeugexport in das Reich der Mitte um 1,7% steigern konnte. Zuwächse erzielten allerdings nur Hersteller, die das Premiumsegment bedienen; Produzenten von Klein- und Mittelklassewagen mussten hingegen herbe Absatzeinbußen hinnehmen.

Die realen Importe sind 2019 ebenfalls kaum gewachsen. Zwar stiegen die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen im Jahresdurchschnitt preisbereinigt um 1,9%, aber dies lag an dem beträchtlichen Überhang aus dem Vorjahr. Im Jahresverlauf nahmen die Importe 2019 nur um rund 1% zu. Maßgeblich hierfür war, dass die Exporte kaum expandierten und die Ausrüstungsinvestitionen sogar schrumpften; beide Aggregate haben einen hohen Importgehalt.

Wie sich die deutschen Ein- und Ausfuhren im Prognosezeitraum entwickeln werden, hängt davon ab, wie stark die Ausbreitung des Corona-Virus die Weltwirtschaft erschüttern wird. Der Prognose des Außenhandels liegt die Annahme zugrunde, dass in den vom Virus betroffenen Ländern der Konsum von Waren und Dienstleistungen einbricht, weil das öffentliche Leben zum Erliegen kommt. Zu diesem Nachfrageschock seitens der Konsumenten kommt ein Angebotschock seitens der Unternehmen, weil diese Produktionsstätten aufgrund fehlender Vorleistungen, erkrankter Mitarbeiter oder zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung des Virus vermehrt schließen müssen. In der Prognose wird unterstellt, dass sich diese negativen Effekte im Wesentlichen auf zwei Quartale konzentrieren. Da sie aber zeitversetzt in den großen Wirtschaftsräumen auftreten, wird der deutsche Außenhandel

in den ersten drei Quartalen dieses Jahres stark schrumpfen. Im Winterhalbjahr 2020/21 kommt es dann zu einer kräftigen Gegenbewegung, weil sich das öffentliche Leben und die Produktion im In- und Ausland soweit normalisiert haben, dass private Haushalte und Unternehmen ihre bis dahin aufgeschobenen Konsum- und Investitionswünsche in beträchtlichem Umfang nachholen können. Diese Einschätzung beruht auf der Annahme, dass es mit den gewaltigen Hilfsprogrammen, die auf nationaler und europäischer Ebene auf den Weg gebracht wurden, gelingen wird, den Kollaps der Wirtschaft zu verhindern, in nennenswertem Umfang Beschäftigung zu sichern und damit das Einkommen der privaten Haushalte und die Umsätze der Unternehmen zu stabilisieren.

Alles in allem dürften die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen in diesem Jahr im Verlauf preisbereinigt um 7,8% einbrechen; im nächsten Jahr dürften sie dann wieder zunehmen und zwar um 5,3%. Dies entspricht einem durchschnittlichen Rückgang um 6,7% im Jahr 2020 und einem Anstieg um 4% im Jahr 2021. Die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen dürften in diesem Jahr im Verlauf preisbereinigt um 5,8% sinken; im nächsten Jahr dürften sie dann wieder steigen und zwar um 5,5%. Dies entspricht im Jahresdurchschnitt einem Minus von 5,5% im Jahr 2020 und einem Plus von 5,2% im Jahr 2021.

Tabelle 6

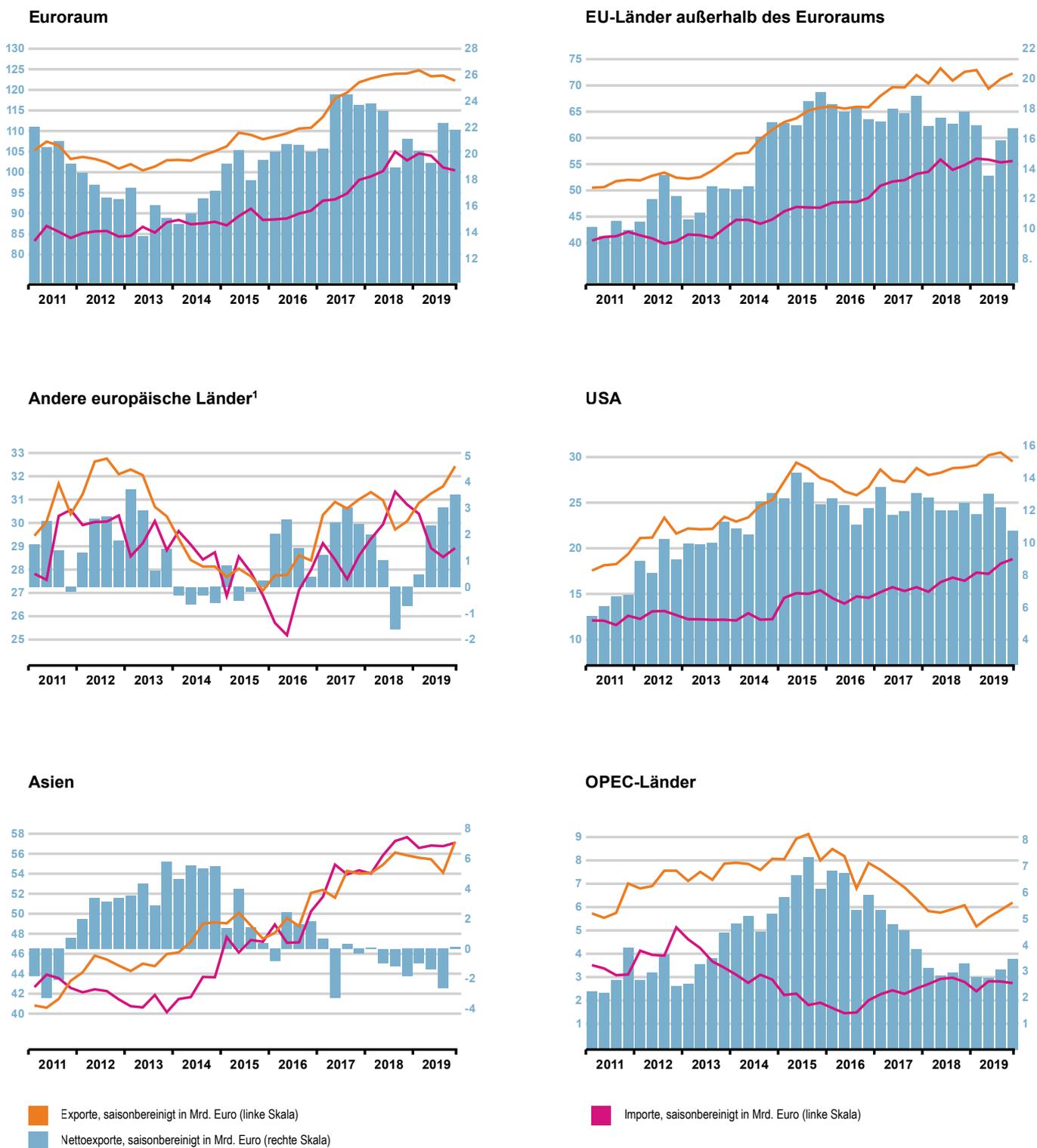
Wachstumsbeiträge der Verwendungsaggregate¹ in Deutschland in Prozentpunkten

	2018	2019	2020	2021
Bruttoinlandsprodukt ²	1,5	0,6	-4,0	2,4
Inlandsnachfrage	2,0	0,9	-3,1	2,7
Konsumausgaben	1,0	1,3	-0,6	1,3
Private Haushalte	0,7	0,8	-1,1	0,8
Staat	0,3	0,5	0,5	0,5
Anlageinvestitionen	0,7	0,6	0,0	0,6
Ausrüstungen	0,3	0,0	-0,3	0,2
Bauten	0,3	0,4	0,3	0,3
Sonstige Anlagen	0,2	0,1	0,0	0,1
Vorratsveränderung	0,3	-0,9	-2,5	0,9
Außenbeitrag	-0,4	-0,4	-0,9	-0,3
Ausfuhr	1,0	0,4	-3,3	1,9
Einfuhr	-1,5	-0,8	2,4	-2,2

¹ Berechnet aus verketteten Volumenangaben; Lundberg-Komponente; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

² In %.

Außenhandel Deutschlands nach Regionen und Ländern (Spezialhandel)



1. Quartal 2011 - 4. Quartal 2019

1 Andere europäische Länder setzen sich zu 90 % aus Schweiz, Russland, Türkei und Norwegen zusammen.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.

In diesem Jahr wird der Wachstumsbeitrag des Außenhandels zum BIP stark negativ sein (-0,9 Prozentpunkte). Im kommenden Jahr fällt der negative Wachstumsbeitrag dann deutlich geringer aus (-0,3 Prozentpunkte) (Tabelle 6).

Die Einfuhrpreise waren 2019 im Jahresdurchschnitt um 0,9% niedriger als im Vorjahr. Maßgeblich hierfür war der starke Preisrückgang bei den importierten Energieträgern. Besonders stark gaben die Preise für Erdgas (-20,6%), elektrischen Strom (-15,5%) und Steinkohle (-13,3%) nach, während sich Rohöl nur um etwas mehr als 2% verbilligte. In diesem Jahr haben die Sorge vor den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise und die damit einhergehende sinkende Nachfrage sowie der Preiskrieg zwischen Saudi-Arabien und Russland den Ölpreis auf Talfahrt geschickt. Innerhalb des ersten Quartals hat sich die Marke Brent um mehr als 60% verbilligt. Aufgrund der schwachen Nachfrage wird der Ölpreis in diesem Jahr auf niedrigem Niveau bleiben und erst im kommenden Jahr im Zuge der wirtschaftlichen Erholung etwas anziehen. Alles in allem dürfte der Importdeflator 2020 um 2,7% sinken und 2021 dann um 1,3% steigen. Der Exportdeflator dürfte in diesem Jahr um 2% nachgeben und im nächsten Jahr dann um 0,9% zunehmen. Somit werden sich die Terms of Trade 2020 deutlich verbessern und 2021 etwas verschlechtern.

Kräftiger Rückgang der Investitionen in Ausrüstungen

Nach einem dynamischen Auftakt zum Jahresbeginn 2019 neigten die Ausrüstungsinvestitionen im weiteren Jahresverlauf verstärkt zur Schwäche und sanken insgesamt um 2,3%; im Jahresdurchschnitt betrug der Anstieg noch 0,6%. Maßgeblich hierfür war die weiterhin schwache Entwicklung der Industrieproduktion in Deutschland sowie die erhöhte Unsicherheit aufgrund geopolitischer Risiken, insbesondere der handelspolitischen Konflikte in der Welt.

Im Prognosezeitraum wird die Entwicklung der Investitionstätigkeit im Wesentlichen von der Intensität und der Dauer der Corona-Krise geprägt sein. Zwar sind die Finanzierungsbedingungen nicht zuletzt infolge der seitens der EZB angekündigten ausgeprägten Lockerungsmaßnahmen weiterhin günstig und auch die Option der Innenfinanzierung ist bei vielen Unternehmen vorhanden. Aber die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist 2019 deutlich gesunken und liegt nunmehr unter dem langjährigen Durchschnitt. Somit ist zu erwarten, dass die Unternehmen allenfalls notwendige Ersatzinvestitionen tätigen.

Die Geschäftserwartungen der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe sind im März regelrecht abgestürzt und dürften die Investitionsbereitschaft stark dämpfen. Noch deutlicher spiegelt

der Finanzmarktstressindikator die pessimistische Einschätzung der Finanzmärkte wider. Er verzeichnet einen drastischen Anstieg von 21% im Februar 2020 auf 62% Mitte März 2020 und ist damit ähnlich hoch wie zu Beginn der Dotcom-Krise, der internationalen Finanzkrise und der Krise im Euroraum (Abbildung I). Sofern sich – wie in der Prognose unterstellt – die Konjunktur im Euroraum und im Rest der Welt ab dem vierten Quartal 2020 zu erholen beginnt, dürfte sich dies positiv auf die Investitionsdynamik hierzulande auswirken. Zudem dürften die angekündigten fiskalpolitischen Impulse die Investitionstätigkeit anregen.

Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf dieses Jahres um 4,3% sinken, im Jahresdurchschnitt in ähnlicher Größenordnung mit 4,4%. Im Jahresverlauf 2021 dürften sie um 5,4% steigen, im Jahresdurchschnitt aufgrund eines höheren statistischen Unterhangs aus dem Vorjahr allerdings nur um 3,0% (Abbildung 2, ► Tabelle 3 auf Seite 5).

Baukonjunktur robust

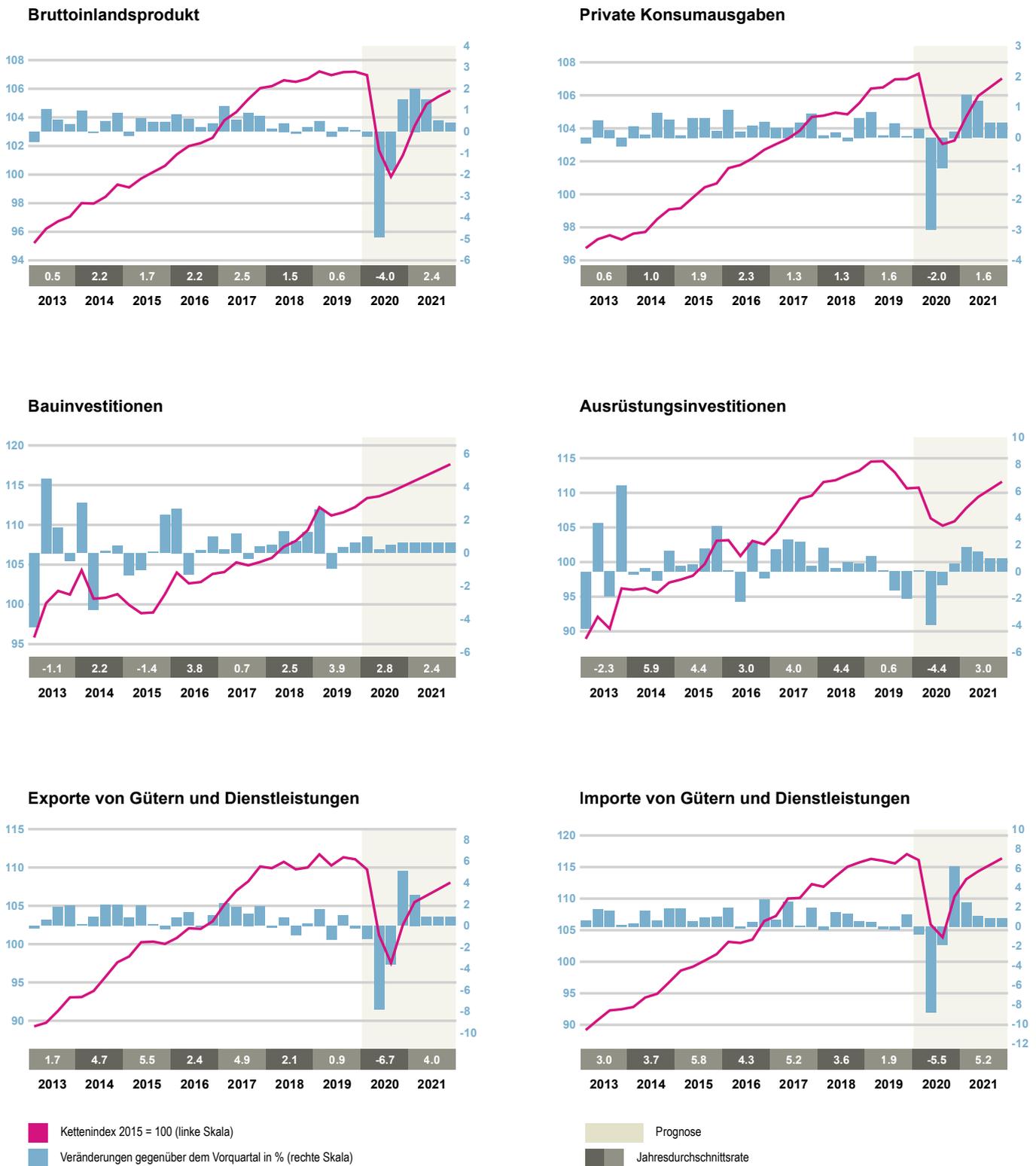
Die Expansionsdynamik der Bauinvestitionen war im vergangenen Jahr durchgängig recht hoch; im Jahresdurchschnitt stiegen sie um 3,9%. Dabei expandierten sowohl der private Wohnungsbau (4,1%) als auch die öffentlichen Investitionen (5,3%) sehr kräftig und auch die Zunahme beim Wirtschaftsbau war beachtlich (2,9%).

Zum Jahresanfang 2020 expandierten alle Bereiche nicht zuletzt infolge der milden Witterung nochmals kräftig. Im Prognosezeitraum bleiben die Rahmenbedingungen insgesamt günstig. Insbesondere werden die Wohnungsbauinvestitionen weiter zulegen, wenngleich Beschäftigung und Einkommen in diesem Jahr allenfalls stagnieren und allein letztere im nächsten Jahr wieder deutlich steigen werden. Allerdings profitieren die privaten Haushalte weiterhin von den sehr günstigen Zinskonditionen. Die Zinsen für neu zu vergebende Wohnungsbaukredite mit einer Laufzeit von mehr als zehn Jahren sind zuletzt wieder gesunken. Das niedrige Zinsniveau dürfte für den gesamten Prognosezeitraum erhalten bleiben.

Die Zahl der Auftragseingänge stieg zuletzt wieder kräftig. Außerdem sind die Auftragsbücher weiterhin gut gefüllt und die Reichweite des Auftragsbestands ist nach wie vor überdurchschnittlich. Die für die mittelfristige Perspektive relevante Zahl der erteilten Baugenehmigungen stieg jüngst ebenfalls wieder deutlich.

Die Aussichten für den Wirtschaftsbau sind deutlich pessimistischer. Zwar dürften von den hohen Investitionsmaßnahmen der Deutschen Bahn sowie von den verstärkten Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur für die Telekommunikation positive Impulse ausgehen, aber der überaus starke negative Impuls infolge des gewaltigen

Konjunktur in Deutschland



Saison- und kalenderbereinigte Verläufe. 1. Quartal 2012 - 4. Quartal 2021. Ab 1. Quartal 2020 Prognose des IMK.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.

Rückgangs der Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr führt insgesamt zu einer Verminderung der Aktivitäten im Wirtschaftsbau. Erst im nächsten Jahr wird er von der Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen profitieren.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden weiterhin spürbar steigen. Dies lässt der beachtliche Anstieg der erteilten Baugenehmigungen im öffentlichen Bau erwarten. Überdies werden diverse Investitionsmaßnahmen des Bundes und der Länder, wie z.B. Verkehrsinfrastruktur des Bundes und Kita-Ausbau, expansiv wirken. Auch dürften viele finanzstarke Kommunen ihre Spielräume für vermehrte Investitionen nutzen. Für Investitionen in die kommunale Infrastruktur finanzschwacher Kommunen stellt der Bund zudem seit einiger Zeit zusätzliche Mittel zur Verfügung, die im Prognosezeitraum verstärkt abgerufen werden dürften.

Alles in allem dürfte die Zunahme der Bauinvestitionen insgesamt 2020 im Jahresdurchschnitt 2,8% betragen. Im kommenden Jahr dürften sie im Durchschnitt um 2,4% steigen (Abbildung 2, ► Tabelle 3 auf Seite 5).

Privater Konsum bricht ein

Die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte nahmen im vergangenen Jahr um 1,6% zu. Maßgeblich für diese Entwicklung waren – wie in den Vorjahren – insbesondere die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie die spürbare Zunahme der Effektivlöhne. Hinzu kamen Impulse von diversen fiskalpolitischen Maßnahmen.

Auch in diesem Jahr wird der private Konsum von der Fiskalpolitik kräftige expansive Impulse erhalten. Allerdings werden die von der Regierung erlassenen drastischen Einschränkungen des öffentlichen Lebens zur Bekämpfung des Corona-Virus zu spürbaren Verhaltensänderungen der Konsumenten führen. So werden zwar Verbrauchsgüter wie Lebensmittel verstärkt nachgefragt, aber Käufe von Gebrauchsgütern wie Autos und Einrichtungsgegenstände dürften zurückgestellt werden. Auch Dienstleistungen – beispielsweise Theater, Kino, Konzerte, etc. – werden hohe Umsatzeinbußen erfahren. Per saldo wird es zu einem starken Umsatzrückgang kommen. Verstärkt wird die Konsumschwäche durch eine insgesamt merklich verschlechterte Einkommenssituation. Die Einkommen werden von der nahezu stagnierenden Beschäftigung als auch von der deutlich reduzierten Arbeitszeit, infolge der massiven Kurzarbeit stark gedämpft.

Dadurch werden die Bruttolöhne und -gehälter in diesem Jahr allenfalls stagnieren; gleiches gilt für die Nettolöhne. Die Entnahmen aus den Gewinn- und Vermögenseinkommen dürften sogar deutlich sinken. Im nächsten Jahr wird der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter zwar aufgrund eines abermaligen Beschäftigungsabbaus weiterhin ge-

dämpft, aber bei wieder stärkeren Lohnzuwächsen höher ausfallen. Die Nettolöhne werden zusätzlich durch den weitgehenden Wegfall des Solidaritätszuschlags entlastet. Auch die Entnahmen aus Gewinn- und Vermögenseinkommen werden mit einer größeren Dynamik zunehmen.

Alles in allem sinken die nominalen verfügbaren Einkommen in diesem Jahr um 0,3%. Bei einer Zunahme des Konsumdeflators um 1,1% sinken sie real um 1,4%. Im nächsten Jahr nehmen sie nominal um 2,3% zu; real, bei einer Zunahme der Inflation um 1,1%, um 1,2%. Die Sparquote wird nach dem starken Anstieg um 0,5 Prozentpunkte auf 11,4% in diesem Jahr, im nächsten Jahr um 0,4 Prozentpunkte auf 11% sinken. Die realen privaten Konsumausgaben schrumpfen 2020 im Jahresdurchschnitt um 2%. Im kommenden Jahr dürften sie wieder stärker ausgeweitet werden, im Jahresdurchschnitt um 1,6% (Abbildung 2, Tabelle 3). Die Jahresverlaufsdaten – die die konjunkturelle Dynamik besser abbilden – zeichnen ein etwas anderes Bild: Nach einem drastischen Rückgang um 3,5% in diesem Jahr nimmt die Dynamik im kommenden Jahr merklich auf 3,6% zu.

Nachdem die privaten Konsumausgaben seit vielen Jahren maßgeblich zum BIP-Wachstum beigetragen haben, wird der Beitrag in diesem Jahr erstmals seit 2009 negativ ausfallen (-1,1 Prozentpunkte). Im Jahr 2021 wird er wieder positiv sein (0,8 Prozentpunkte) (Tabelle 6).

Öffentliche Finanzen: Erstmals seit der Finanzkrise wieder kräftige Haushaltsdefizite

Mit knapp 50 Mrd. Euro bzw. 1,5% des BIP wies der gesamtstaatliche Haushalt im vergangenen Jahr zum achten Mal in Folge einen Überschuss aus. Die Phase der Haushaltsüberschüsse geht 2020 zu Ende. Der drastische Konjunkturreinbruch wird aufgrund des Wirkens der automatischen Stabilisatoren zu einer deutlichen Verminderung des Haushaltssaldos führen. Hinzu kommen starke diskretionäre Impulse (Tabelle 7). So war die deutsche Finanzpolitik bereits vor Beginn der Covid-19-Krise für die Jahre 2020 und 2021 expansiv ausgerichtet. Die Bundesregierung geht nun unter anderem mit der Ausweitung der Kurzarbeit, der Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit, erleichterten Steuerstundungsregelungen sowie dem zuletzt verabschiedeten Nachtragshaushalt, dem Wirtschaftsstabilisierungsfondsgesetz und den Zuschüssen für Selbstständige und Kleinstunternehmen entschlossen gegen die Wirtschaftskrise vor (► Infobox 1 auf Seite 6). Dieser expansive finanzpolitische Kurs ist der Situation angemessen und zur konjunkturellen Stabilisierung auch absolut notwendig.

Für dieses Jahr rechnet das IMK mit einem gesamtstaatlichen Defizit von ca. 93 Mrd. Euro oder 2,8% des BIP, was einer Differenz von 143 Mrd. Euro oder 4,3 Prozentpunkten gegenüber 2019

Fiskalische Impulse durch diskretionäre Maßnahmen 2020 und 2021
 gegenüber dem Vorjahr, in Mrd. Euro¹

	2020	2021
Gebietskörperschaften	21,2	22,1
Alterseinkünftegesetz	1,3	1,3
Familientlastungsgesetz (ohne Kindergeld)	4,5	0,7
Teilabschaffung Solidaritätsbeitrag	0,0	9,8
Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergelds, Änderungen im Einkommenssteuertarif	0,0	2,9
Förderung des Mietwohnungsneubaus (Sonderabschreibungen)	0,0	0,1
Förderung von Forschung und Entwicklung	0,0	1,1
Umsetzung des Klimaschutzprogramms im Steuerrecht	0,4	0,2
Anhebung der Luftverkehrssteuersätze	-0,5	-0,3
CO2-Steuer	0,0	-9,0
Förderung der Elektromobilität und Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften	0,3	0,2
Mehreinnahmen durch Rentenbesteuerung	-0,4	-0,4
Steuerliche Absetzbarkeit des Pflegeversicherungsbeitrags	0,2	0,1
Sonstige steuerliche Maßnahmen ²	1,0	-0,6
Baukindergeld	0,5	0,1
Innere Sicherheit, Verteidigung, Entwicklung	1,6	1,5
Qualifizierungschancengesetz	0,1	0,0
Starke-Familien-Gesetz	0,6	0,0
Gute-Kita-Gesetz	0,5	1,0
Strukturwandel Kohlepolitik	0,5	0,0
BaFöG-Erhöhung	0,4	0,1
DigitalPakt Schule	0,5	0,0
Förderung Ganztagsbetreuung	0,4	0,6
Kindergelderhöhung	1,0	2,5
Angehörigentlastungsgesetz	0,3	0,0
Zusätzliche investive Maßnahmen ³	2,0	1,3
Kaufbonus E-Mobilität	0,2	0,0
Erhöhung des Wohngelds	0,2	0,1
Senkung der EEG-Umlage	0,0	7,5
Zusätzliche Ausgaben Energie- und Klimafonds	1,8	2,9
Teilhabechancengesetz	0,1	0,1
Einsparungen bei ALG II durch das Familientlastungsgesetz bzw. Kindergeldanhebung	-0,1	-0,2
Bundesteilhabegesetz	0,3	0,0
Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung von Covid-19	3,5	-1,5
Sozialversicherung	4,4	1,3
Qualifizierungschancengesetz	0,6	0,1
Anhebung Zusatzbeitrag der GKV	0,0	-2,0
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung	1,2	0,0
Senkung der Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten	1,2	0,0
Ausweitung der Gleitzone bei Midi-Jobs	0,2	0,0
Erhöhung des Beitrags zur Pflegeversicherung	-0,2	0,0
RV-Leistungsverbesserungs- und -Stabilisierungsgesetz	0,2	0,2
Terminservice- und Versorgungsgesetz	0,1	0,6
Konzertierte Aktion Pflege	0,2	0,4
Grundrente	0,0	1,3
Anpassung der Renten Ost	0,4	0,4
Pflegepersonalstärkungsgesetz	0,3	0,2
Reform der Krankenhausversorgung	0,1	0,0
Erhöhung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente	0,1	0,1
insgesamt	25,6	23,4
in % des BIP	0,8	0,7

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen.

² U.a. Bürokratienteilungsgesetz, Betriebsrentenstärkungsgesetz, Jahressteuergesetz, Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet.

³ U.a. Breitbandausbau, Ausbau des Schienennetzes, Bundesfinanzhilfen für Gemeindeverkehrsfinanzierung.

Anmerkung: Die finanziellen Auswirkungen aus der Corona-Soforthilfe für Kleinunternehmen und Soloselbständige, aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfondsgesetz sowie temporären Steuerstundungen hängen stark von schwer zu prognostizierenden Verhaltensreaktionen ab und lassen sich daher derzeit nicht sinnvoll beziffern.

entspricht. Im kommenden Jahr wird sich die konjunkturelle Belebung nach der erwarteten Eindämmung der Covid-19-Krise positiv auf die öffentlichen Haushalte auswirken. Die Finanzpolitik wird dabei unter anderem aufgrund der Teilabschaffung des Solidaritätsbeitrags, der Einführung der Grundrente, der Senkung der EEG-Umlage und zusätzlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung, Verteidigung und den Klimaschutz mit insgesamt 23,4 Mrd. Euro weiterhin kräftig expansiv ausgerichtet sein (Tabelle 7). Im kommenden Jahr geht das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit daher zwar leicht auf 86 Mrd. Euro oder 2,5% des BIP zurück, bleibt aber ausgeprägt (► Tabelle 3 auf Seite 5).

Ohne Berücksichtigung der umfangreichen Möglichkeiten zur Stundung von Steuerzahlungen und Zahlungen von Beiträgen zu den Sozialversicherungen würden die Einnahmen der öffentlichen Hand in diesem Jahr um rund 1% zurückgehen. Schon eine solche nominal negative Einnahmentwicklung ist ungewöhnlich, zuletzt trat sie im Jahr der Finanzkrise 2009 auf. Bei Berücksichtigung der Stundungsmöglichkeiten dürfte der Rückgang noch stärker ausfallen. Die Covid-19-Krise führt insbesondere über die Gewinnsteuern, aber auch über die Lohnsteuereinnahmen, zu einem kräftigen Rückgang der Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften. Zudem kommt es von Seiten der Sozialversicherung zu Mindereinnahmen, insbesondere durch die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung und der Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten. Im nächsten Jahr ist demgegenüber wieder mit moderat wachsenden Einnahmen um 2,6% zu rechnen.

Die automatischen Stabilisatoren wirken auch auf der Ausgabenseite und lassen die gesamtstaatlichen Ausgaben in diesem Jahr kräftig um 6,5% steigen. Die monetären Sozialleistungen werden deutlich zunehmen. Neben dem Anstieg der Arbeitslosigkeit führt auch die massive Inanspruchnahme von Kurzarbeit zu höheren monetären Sozialleistungen. Zudem ist ein Großteil der diskretionären Maßnahmen in diesem Jahr ausgabenseitig. Darunter sind Mehrausgaben für Bildung und Kinderbetreuung, Klimapolitik sowie zahlreiche investive Maßnahmen. Im kommenden Jahr ist aufgrund geringerer ausgabenseitiger Impulse und der besseren Konjunktur wieder mit einem geringeren Ausgabenwachstum von 2,3% zu rechnen.

In den zuvor dargestellten Prognosewerten für die öffentlichen Haushalte sind die meisten der derzeit geplanten Maßnahmen der Bundesregierung und vieler Landesregierungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Krise nicht enthalten. Der Grund dafür ist, dass sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sinnvoll prognostizieren lässt, in welchem Ausmaß private Haushalte und Unternehmen die Maßnahmenpakete tatsächlich in Anspruch nehmen werden. Dies betrifft die finanziellen Auswirkungen aus der Corona-Soforthilfe für Kleinunternehmen

und Soloselbständige, aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfondsgesetz, den Lohnersatzzahlungen bei Quarantäne, die sich aus dem Infektionsschutzgesetz ergeben, sowie temporäre Steuerstundungen, die stark von schwer zu prognostizierenden Verhaltensreaktionen abhängen. Die zusätzlichen Gesundheitsausgaben sowie die angekündigten Ausgaben zur Bekämpfung der Epidemie sind dagegen in die Prognose eingeflossen. Insgesamt dürfte das ausgewiesene Finanzierungsdefizit daher deutlich zu gering angesetzt sein. Sollten die bereitgestellten Mittel in hohem Maße ausgeschöpft werden, dürfte das gesamtstaatliche Defizit 2020 unter sonst gleichen Annahmen in der Größenordnung von 5% des BIP liegen.

Die Corona-Krise verdeutlicht derzeit die zentrale Rolle eines handlungsfähigen Staats für die Stabilisierung der Wirtschaft. Die beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkungen gehen alle in die richtige Richtung und versprechen auch von der angesetzten Größenordnung eine effektive Wirkung zu entfalten.

Eine epochale Herausforderung für den deutschen Arbeitsmarkt

Infolge der Covid-19-Pandemie sieht sich der deutsche Arbeitsmarkt aktuell mit der vielleicht größten Herausforderung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland konfrontiert. Im Unterschied zur Großen Rezession 2008/09 sind in der jetzigen Krisensituation von Anfang an nicht nur die Industrie und insbesondere die Exportindustrie sondern auch – bis auf wenige Ausnahmen – der Dienstleistungssektor massiv betroffen. Dies bedeutet ein enormes Risiko für Unternehmen, Beschäftigung und Wohlstand in Deutschland. Ein teilweiser oder sogar vollständiger zeitweiliger Stillstand großer Teile der bundesdeutschen Wirtschaft und des Arbeitsmarkts stellen eine nie dagewesene Situation dar. Dementsprechend sind Vorhersagen der Arbeitsmarktentwicklung mit wesentlich größeren Unsicherheiten behaftet und basieren – auch vor dem Hintergrund der Unklarheit über die Dauer des Krisenzustands – auf einer größeren Anzahl von Annahmen als übliche Prognosen.

Hoffnungsvoll stimmt das bislang zu beobachtende gemeinsame abgestimmte Handeln von Politik und Sozialpartnern. Es scheint geleitet von den guten Erfahrungen aus der Großen Rezession, als es mittels eines tripartistischen korporatistischen Politikansatzes gelang, Beschäftigung in großem Stil zu sichern. Über Erfolg oder Misserfolg der Beschäftigungssicherung wird aktuell vor allem entscheiden, ob es in großem Umfang gelingt, die vielen betroffenen kleinen und mittelständischen Betriebe insbesondere aus den Dienstleistungsbereichen dazu zu bewegen, nun in großem Stil von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, durch

Kurzarbeit Beschäftigung zu sichern sowie diese Unternehmen vor der Insolvenz zu schützen.³ Aus Untersuchungen zur Nutzung von Kurzarbeit in früheren Wirtschaftsabschwüngen und -krisen, wie beispielsweise Crimmann und Wießner (2009) und Münstermann et al. (2012), ist bekannt, dass in der Vergangenheit Kurzarbeit in größeren Betrieben relativ häufiger genutzt wurde als in kleinen und mittelgroßen Betrieben; auch im Dienstleistungsbereich war die Wahrscheinlichkeit Kurzarbeit zu nutzen niedriger als im Verarbeitenden Gewerbe. Zudem ist von zentraler Bedeutung, dass es durch die von der Politik beschlossenen Unterstützungsmaßnahmen und Liquiditätshilfen gelingt zu verhindern, dass eine große Anzahl von Betrieben und Freiberuflern aufgrund der Covid-19-Krise Konkurs anmeldet.

Vor dem Hintergrund der zahlreichen geplanten und getroffenen Maßnahmen zur Stabilisierung von Wirtschaft und Beschäftigung sowie der guten Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt vor Ausbruch der Krise basiert die nachfolgende Prognose der Arbeitsmarktentwicklung für die Jahre 2020 und 2021 auf der Annahme, dass – analog zu der Erfahrung während der Großen Rezession⁴ – die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungssicherung im Großen und Ganzen abermals gelingt. Ein massiver Beschäftigungseinbruch sowie ein daraus resultierender starker Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland kann somit verhindert werden. Die nachfolgend präsentierte Prognose stellt insofern ein Best-Case-Szenario dar. Es bestehen jedoch nicht unerhebliche Risiken, dass die Arbeitsmarktentwicklung schlechter ausfallen könnte, insbesondere dann, wenn der Krisenzustand lange andauern sollte.

Der anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit ist aktuell durch die Folgen der Corona-Krise – wie die Schließung von Geschäften und Restaurants sowie weitreichende Störungen der Produktion von Gütern und Dienstleistungen – zu einem abrupten Ende gekommen. Insbesondere im zweiten und dritten Quartal wird die Zahl der Erwerbstätigen merklich abnehmen. Mit zunehmendem Abklingen der Krise wird es im weiteren Prognosezeitraum dann aber zu einer Stabilisierung der Erwerbstätigkeit auf nach wie vor hohem Niveau kommen. Im Jahresdurchschnitt 2020 dürfte die Erwerbstätigkeit um 0,1% und dann infolge eines

merklichen Unterhangs im nächsten Jahr nochmals um 0,3% zurückgehen.

Betroffen von dieser Krise sind alle Erwerbsformen. Es wird einen beschleunigten Rückgang sowohl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigung (Minijobs) als auch der Zahl der selbstständigen Personen geben. Diese sind von den gravierenden Auswirkungen der Corona-Krise auf den Einzelhandel sowie das Hotel- und Gastgewerbe aufgrund der Schließung von Geschäften, Hotels und Restaurants besonders stark betroffen. Zudem gehen beide Erwerbsformen seit einigen Jahren ohnehin trendmäßig zurück.

Aber auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die sich in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelte, wird infolge der Covid-19-Krise zeitweilig abnehmen. Durch den Einsatz der Kurzarbeit in einem historisch bislang einmaligen Ausmaß – so dürfte im Frühjahr 2020 die Zahl der Bezieher von Kurzarbeitergeld zeitweilig auf über 4 Millionen Personen ansteigen – sowie den Abbau von Überstunden⁵ und Guthaben auf Arbeitszeitkonten⁶ als auch den Einsatz weiterer Maßnahmen der internen Flexibilität dürfte dieser Rückgang aber relativ moderat ausfallen.⁷ Mit dem Abklingen der Krise dürfte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Verlauf der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums dann wieder zunehmen. Aufgrund der dynamischen Entwicklung vor Ausbruch der Corona-Krise dürfte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Jahresdurchschnitt 2020 sogar noch um 0,6% steigen. Im darauffolgenden Jahr sollte sie dann trotz der positiven Entwicklung im Jahresverlauf aufgrund der Nachwirkungen der Krise im Vorjahresvergleich faktisch stagnieren (**Abbildung 3, Tabelle 8**).

Spiegelbildlich zur Entwicklung der Beschäftigung wird die Arbeitslosigkeit in Deutschland insbesondere im zweiten und dritten Quartal 2020 zunehmen. Allerdings geht das IMK angesichts der gewaltigen Maßnahmen, die zur Stabilisierung von Wirtschaft und Beschäftigung auf den Weg gebracht wurden, davon aus, dass der Anstieg moderat ausfallen wird. Mit dem Abklingen der Corona-Krise werden die Arbeitslosenzahlen zum

3 Ein erstes Indiz, dass das Instrument der Kurzarbeit aktuell in sehr großem Maße von den Betrieben angenommen wird, könnte die enorm hohe Zahl an Neuanträgen auf Kurzarbeit von Betrieben bei den Arbeitsagenturen sein. So sind laut Informationen der Bundesagentur für Arbeit März 2020 rund 470 000 Anzeigen infolge der Corona-Krise aus fast allen Branchen eingegangen (Bundesagentur für Arbeit 2020). Im Vergleich hierzu gingen während der Großen Rezession im März 2009, dem Monat mit der höchsten Anzahl an Anzeigen auf Kurzarbeit, lediglich 22 913 Anzeigen auf Kurzarbeit ein.

4 Siehe hierzu beispielsweise Herzog-Stein et al. (2018).

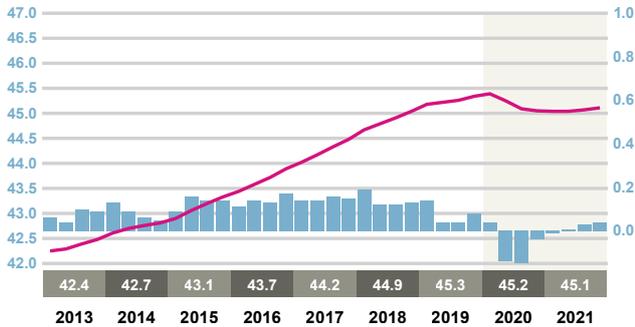
5 Laut Arbeitszeitrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) erbrachte im Durchschnitt jede Arbeitnehmerin im Jahr 2019 knapp 47 (bezahlte und unbezahlte) Überstunden.

6 Laut Ellguth et al. (2018) hatten 56% aller Beschäftigten in Deutschland im Jahr 2016 ein Arbeitszeitkonto. Die Wahrscheinlichkeit eines Arbeitszeitkontos steigt mit der Betriebsgröße; von den Beschäftigten in kleinen Betrieben (1-9 und 10-49 Beschäftigte) hatten immerhin auch 24% beziehungsweise 48% aller Beschäftigten ein Arbeitszeitkonto. Im Gastgewerbe, der Branche mit dem niedrigsten Anteil, hatten demnach auch mehr als ein Drittel aller Beschäftigten ein Arbeitszeitkonto.

7 Zu den zahlreichen Instrumenten der internen Flexibilität, die 2008 und 2009 in den Betrieben zum Einsatz kamen und jetzt wieder zu Beschäftigungssicherung zur Verfügung stehen, siehe Herzog-Stein et al. (2018, Abschnitt 4).

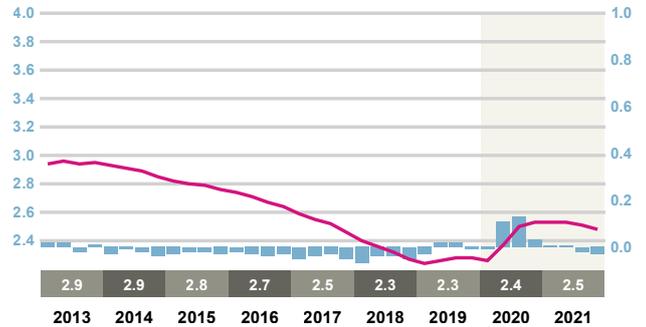
Arbeitsmarkt in Deutschland

Erwerbstätige (Inland)



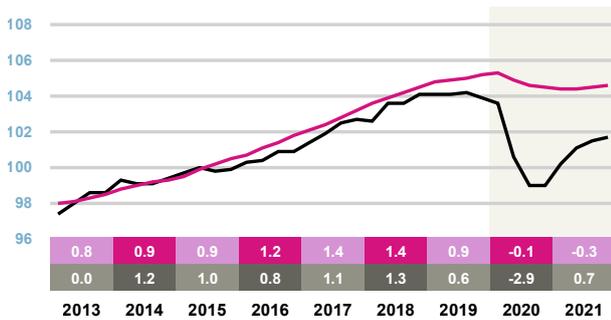
■ Veränderung Erwerbstätige in Millionen gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala)
■ Erwerbstätige in Millionen (linke Skala)
■ Prognose

Arbeitslose



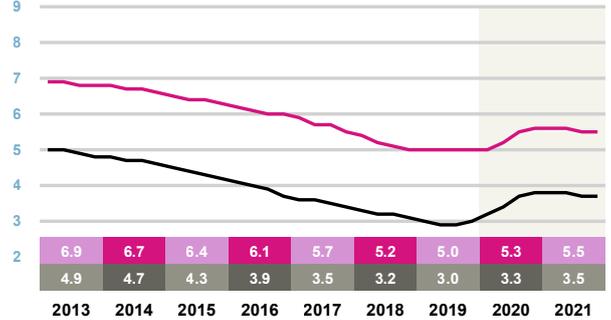
■ Veränderung der Arbeitslosen in Millionen gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala)
■ Arbeitslose in Millionen (linke Skala)
■ Prognose

Erwerbstätige und Arbeitsvolumen



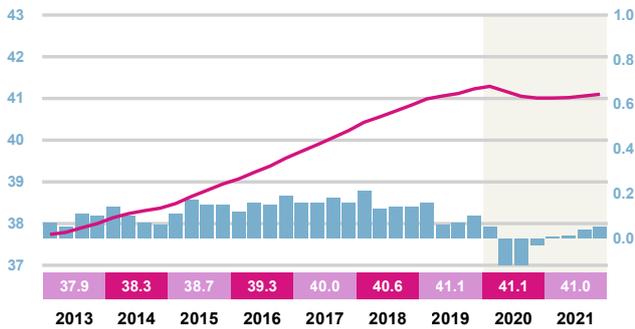
■ Geleistete Arbeitsstunden im Inland (2015=100)
■ Erwerbstätige im Inland (2015=100)
■ Prognose

Arbeitslosen- und Erwerbslosenquote



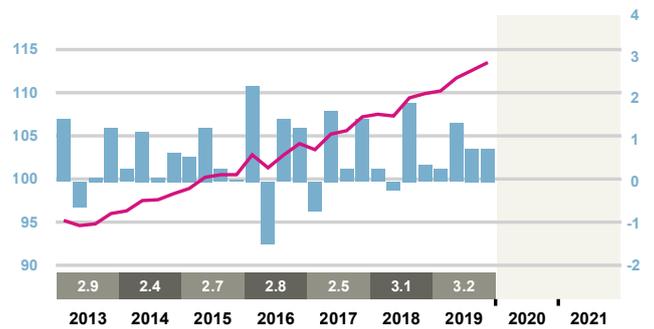
■ Arbeitslosenquote in Prozent (BA-Konzept)
■ Erwerbslosenquote in Prozent (ILO-Konzept)
■ Prognose

Arbeitnehmer (Inland)



■ Veränderungen Arbeitnehmer in Millionen gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala)
■ Arbeitnehmer in Millionen (linke Skala)

Bruttolöhne und -gehälter



■ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahresquartal (rechte Skala)
■ Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde (2015=100) (linke Skala)

Saisonbereinigte Verläufe. Ab 1. Quartal 2020 Prognose des IMK.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IMK.

Tabelle 8

Arbeitsmarktbilanz

Jahresdurchschnitt in 1000 Personen

	2017	2018	2019	2020	2021
Erwerbstätige Inländer	44 127	44 709	45 100	45 043	44 913
Pendlersaldo	121	145	151	151	151
Erwerbstätige Inland	44 248	44 854	45 251	45 194	45 064
Arbeitnehmer	39 976	40 631	41 102	41 127	41 046
sozialversicherungs- pflichtige Beschäftigung	32 234	32 964	33 521	33 719	33 742
Minijobs	4 742	4 671	4 577	4 401	4 270
Selbständige	4 272	4 223	4 149	4 068	4 018
Arbeitslose ¹	2 533	2 340	2 267	2 416	2 514
Arbeitslosenquote BA ²	5,7	5,2	5,0	5,3	5,5
Erwerbslose ³	1 621	1 468	1 376	1 552	1 652
Erwerbslosenquote ⁴	3,5	3,2	3,0	3,3	3,5
Konjunkturelle Kurzarbeit	25	24	56	1 514	605

1 In der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

2 In % aller zivilen Erwerbspersonen.

3 In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO).

4 In % der inländischen Erwerbspersonen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IMK, ab 2020 Prognose des IMK.



Ende des Prognosezeitraums wieder zurückgehen. Im Jahresdurchschnitt 2020 dürfte die Zahl der Arbeitslosen um 150 000 und 2021 nochmals um knapp 100 000 Personen zunehmen. Die Arbeitslosenquote steigt dann entsprechend auf 5,3% in diesem und auf 5,5% im kommenden Jahr.

Infolge des starken Einsatzes von Maßnahmen der internen Flexibilität zur Beschäftigungssicherung dürfte die Arbeitszeit je erwerbstätiger Person 2020 um 2,8% zurückgehen. Bereinigt um Kalendereinflüsse, die aufgrund von fast vier zusätzlichen Arbeitstagen in diesem Jahr besonders ausgeprägt sind, wird sich der Rückgang rechnerisch im Durchschnitt auf mehr als eine Arbeitswoche je erwerbstätiger Person belaufen und damit spürbar größer sein als in der Großen Rezession. Entsprechend wird das Arbeitsvolumen 2020 im Jahresdurchschnitt um fast 3% zurückgehen und damit ähnlich stark wie im Krisenjahr 2009 infolge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Kalenderbereinigt wird der Rückgang aber deutlich größer ausfallen als damals. Mit dem Abklingen der Corona-Krise ist dann 2021 ein deutlicher Anstieg der Arbeitszeit je erwerbstätiger Person und damit auch des Arbeitsvolumens zu erwarten.

Wie schon in allen früheren Rezessionen wird es zudem auch in der Covid-19-Krise zu einem erheblichen zyklisch bedingten Rückgang der Stundenproduktivität kommen, der den Effekt des Einbruchs der Wirtschaftsleistung auf die Beschäftigung merklich dämpfen wird.⁸ So dürfte die gesamtwirtschaftliche Stundenproduktivität in Deutschland 2020 um mehr als ein Prozent zurückgehen. Mit dem Auslaufen der Krise kehrt sich dieser Effekt dann wieder um. Die Produktivität wird im Jahresdurchschnitt 2021 mit 1,7% deutlich stärker als in früheren Jahren ansteigen.

Die Tarifverhandlungen werden im Prognosezeitraum stark von der Covid-19-Krise und ihren Folgen für den Arbeitsmarkt geprägt sein. Die Beschäftigungs- sowie die Einkommenssicherung werden im Vordergrund stehen. So wurde beispielsweise im Pilotabschluss für die Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen am 20. März 2020, der bundesweit übernommen werden soll, zunächst die Wiedereinsetzung des bestehenden Tarifvertrags bis Ende 2020 beschlossen. Darüber hinaus wurde eine Regelung zur Aufstockung des Kurzarbeitergelds vereinbart, die vorsieht, dass durch die Hinzurechnung von Sonderzahlungen wie dem Urlaubs- und Weihnachtsgeld auf das monatliche Einkommen und einen einmaligen Arbeitgeberzuschuss in Höhe von 350 Euro je vollzeitbeschäftigter Person eines Betriebes im Falle von Kurzarbeit die Nettoentgelte der Beschäftigten auf ein Niveau von etwa 80% angehoben werden. Zudem wurden noch zusätzliche freie Tage für die Kinderbetreuung im Zuge der Corona-Krise vereinbart.⁹

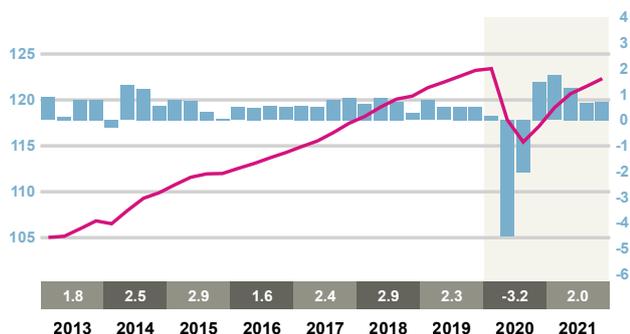
Insgesamt dürften die Tariflöhne im Prognosezeitraum in beiden Jahren moderat um jeweils 2,3% pro Jahr steigen. Die Effektivverdienste je Arbeitsstunde dürften 2020 infolge der starken Reduktion der Arbeitszeit als Folge der Beschäftigungssicherungsmaßnahmen um 2,8% zunehmen, während die Monatsverdienste 2020 faktisch stagnieren werden. Im Jahr 2021 werden dann die Effektivverdienste auf Stundenbasis im Zuge der wirtschaftlichen Erholung mit derselben Zuwachsrate wachsen wie die tarifvertraglich vereinbarten Stundenverdienste. Die Effektivverdienste auf Monatsbasis dürften dagegen aufgrund der Ausweitung der Arbeitszeit mit einer Veränderungsrate von 3,3% deutlich schneller wachsen als die Stundenverdienste.

⁸ Für eine Abschätzung des Beitrags des zyklischen Produktivitätsrückgangs zur Beschäftigungssicherung in früheren Abschwungsphasen siehe Herzog-Stein et al (2018).

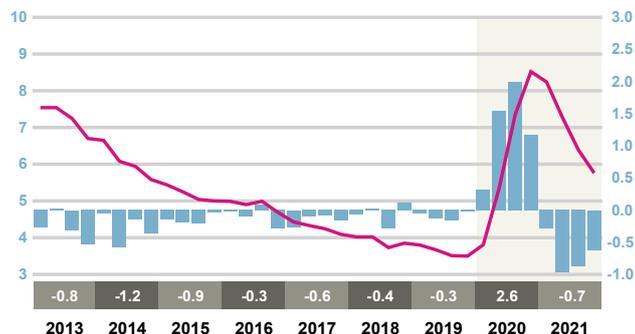
⁹ Für weitere Details siehe IG Metall (2020).

Konjunktur in den USA

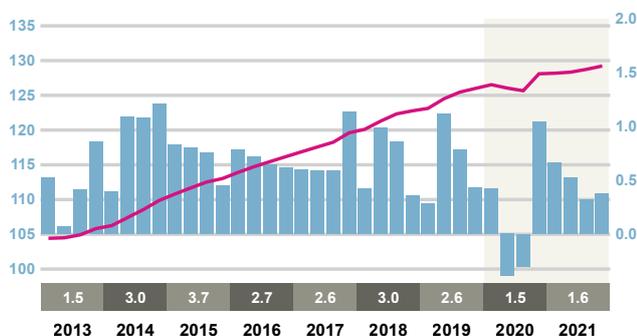
Bruttoinlandsprodukt



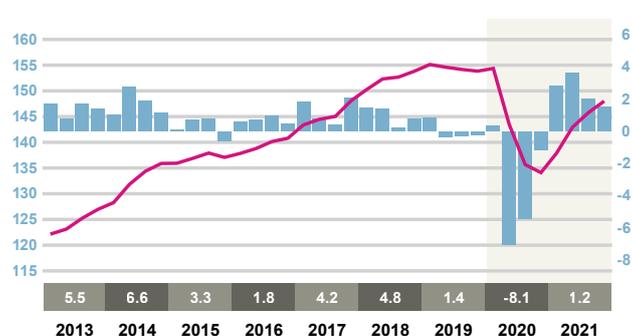
Arbeitslosenquote



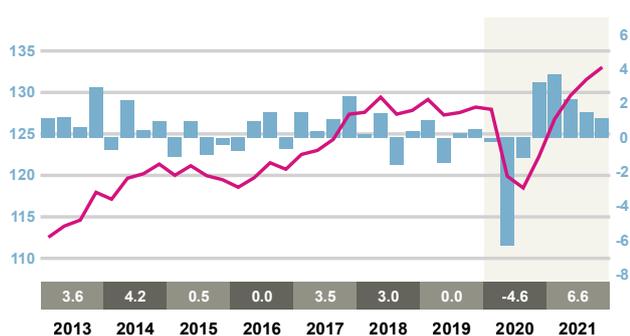
Private Konsumausgaben



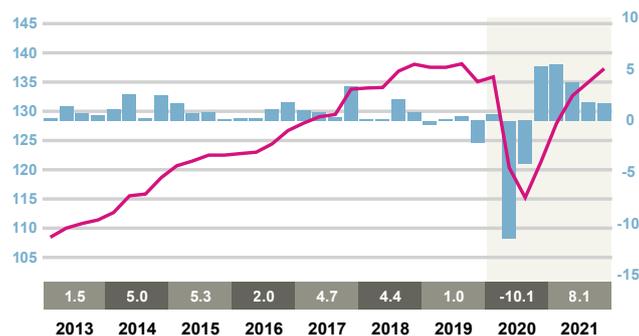
Bruttoanlageinvestitionen



Exporte von Gütern und Dienstleistungen



Importe von Gütern und Dienstleistungen



■ Mittelwert 2010=100 (linke Skala)
■ Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala)

Prognose
 Jahresdurchschnittsrate

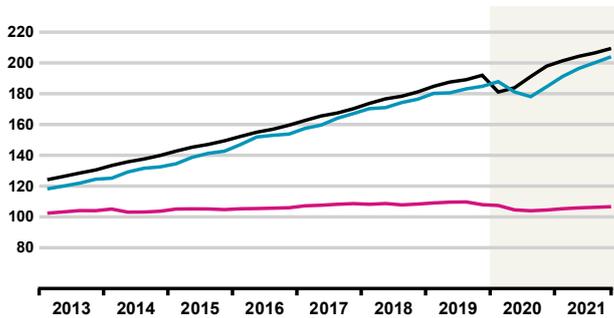
Saisonbereinigte Verläufe. Arbeitslosenquote (Abb. oben rechts) in % der inländischen Erwerbepersonen. Ab 1. Quartal 2020 Prognose des IMK.

In den USA wird die Produktion in Folge der Covid-19-Pandemie im Jahresverlauf rückläufig sein. Die Investitionen werden deutlich zurückgehen; insbesondere der Öl- und Gassektor leidet unter den eingebrochenen Ölpreisen. Der Arbeitsmarkt, der sich vor Ausbruch von Covid-19 in robuster Verfassung befunden hatte, gerät unter Druck. Die Tiefe der US-Rezession hängt auch von der Wirkung der geld- und finanzpolitischen Maßnahmen ab. Die US-Zentralbank Fed senkte bis Mitte März die Zinsen auf einen Korridor von 0 bis 0,25 %. Im US-Repräsentantenhaus wird voraussichtlich ein Maßnahmenpaket im Umfang von mehr als 1200 Milliarden US-Dollar (5,5 % des BIP) beschlossen.

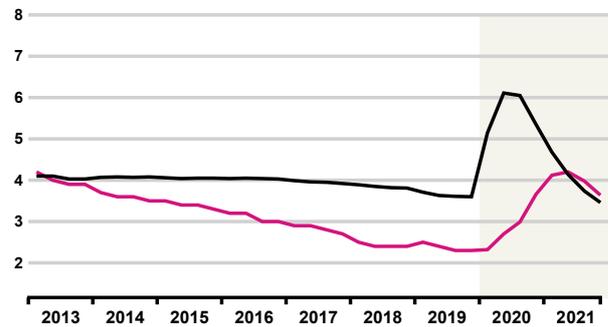
Quellen: NiGEM; Berechnungen des IMK.

Konjunktur in Asien

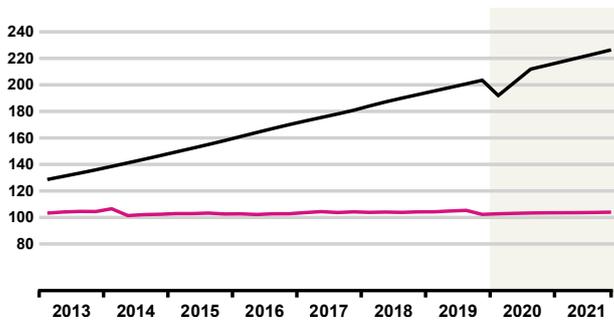
Bruttoinlandsprodukt



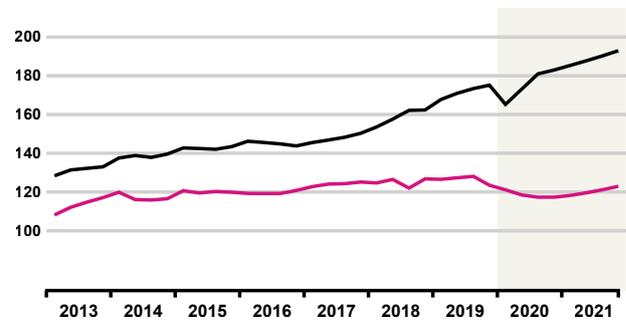
Arbeitslosenquote



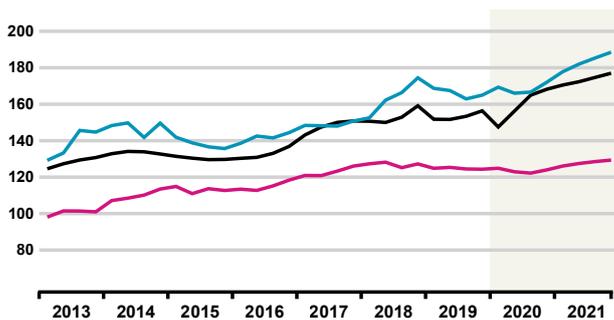
Private Konsumausgaben



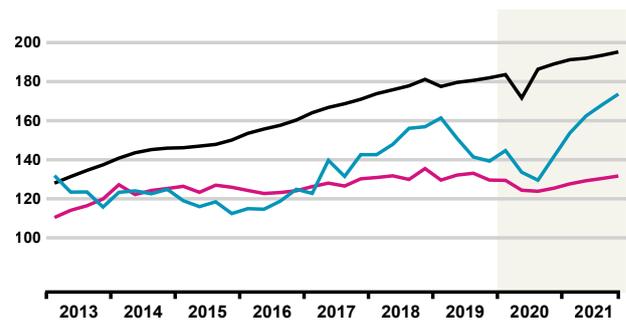
Bruttoanlageinvestitionen



Exporte von Gütern und Dienstleistungen



Importe von Gütern und Dienstleistungen



Japan (Mittelwert 2010=100)
China (Mittelwert 2010=100)

Indien (Mittelwert 2010=100)
Prognose

NiGEM bietet weder eine Trennung zwischen Konsum und Investitionen für Indien, noch eine explizite Arbeitsmarktmodellierung.

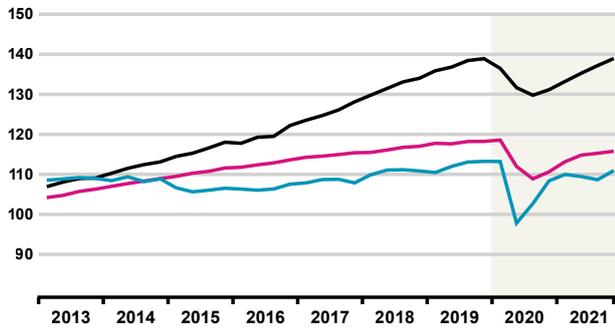
Saisonbereinigte Verläufe. Arbeitslosenquote (Abb. oben rechts) in % der inländischen Erwerbspersonen. Ab 1. Quartal 2020 Prognose des IMK.

In Asien kommt es zu einer starken Abschwächung der Konjunktur im Jahresverlauf. Während es in China und Südkorea gelungen zu sein scheint, die Covid-19-Pandemie bis zum Ende des ersten Quartals einzudämmen, dürften sich die Infektionszahlen in den übrigen asiatischen Ländern im zweiten Quartal noch deutlich ausweiten. Entsprechend zeitversetzt werden die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie ersichtlich. So sank in den ersten beiden Monaten des Jahres die Industrieproduktion in China um mehr als 13 % gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Einzelhandelsumsätze waren um mehr als 20 % rückläufig. In Japan war das BIP schon vor der Ausbreitung von Covid-19 in Folge von Naturkatastrophen und Mehrwertsteuererhöhung im Schlussquartal 2019 um 1,6 % zurückgegangen.

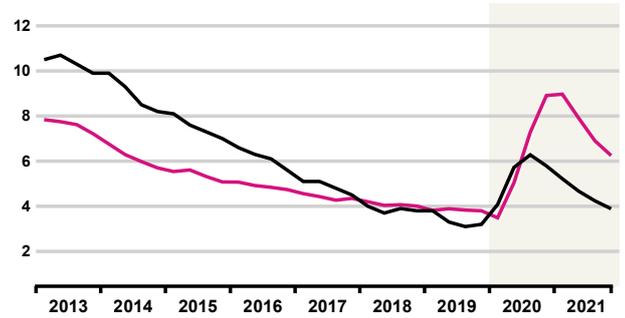
Quellen: NiGEM; Berechnungen des IMK.

Konjunktur in Europa außerhalb des Euroraums

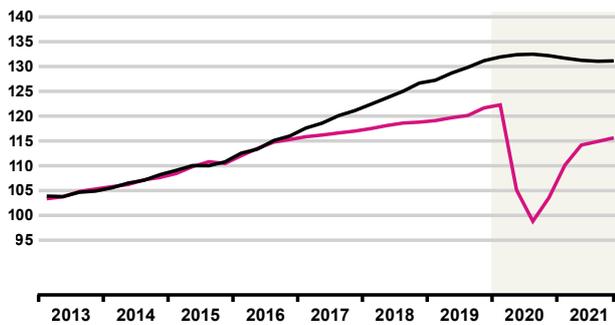
Bruttoinlandsprodukt



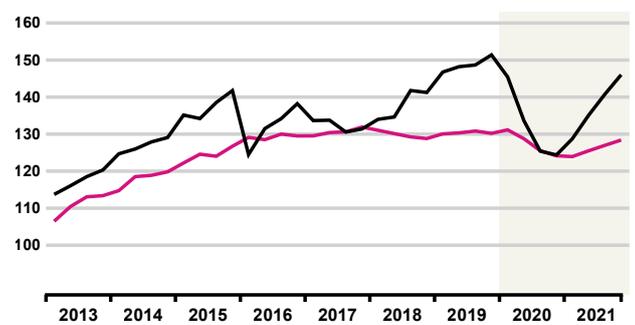
Arbeitslosenquote



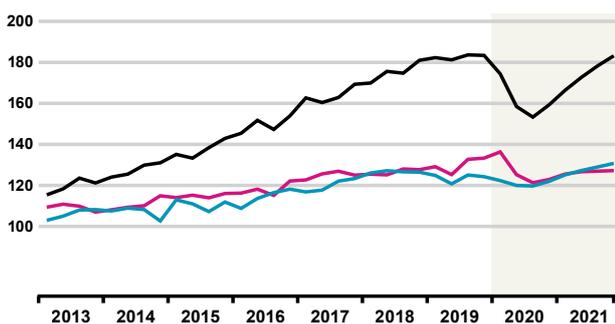
Private Konsumausgaben



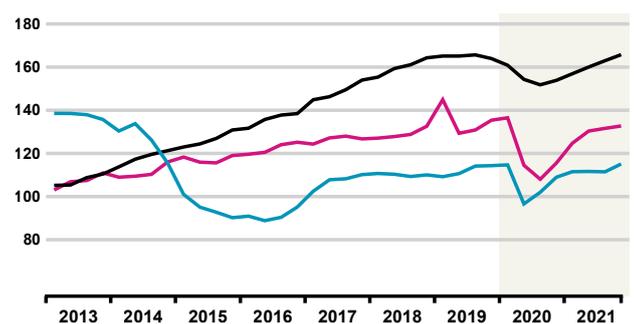
Bruttoanlageinvestitionen



Exporte von Gütern und Dienstleistungen



Importe von Gütern und Dienstleistungen



■ Vereinigtes Königreich (Mittelwert 2010 = 100)
■ Polen (Mittelwert 2010 = 100)

■ Russland (Mittelwert 2010=100)
 Prognose

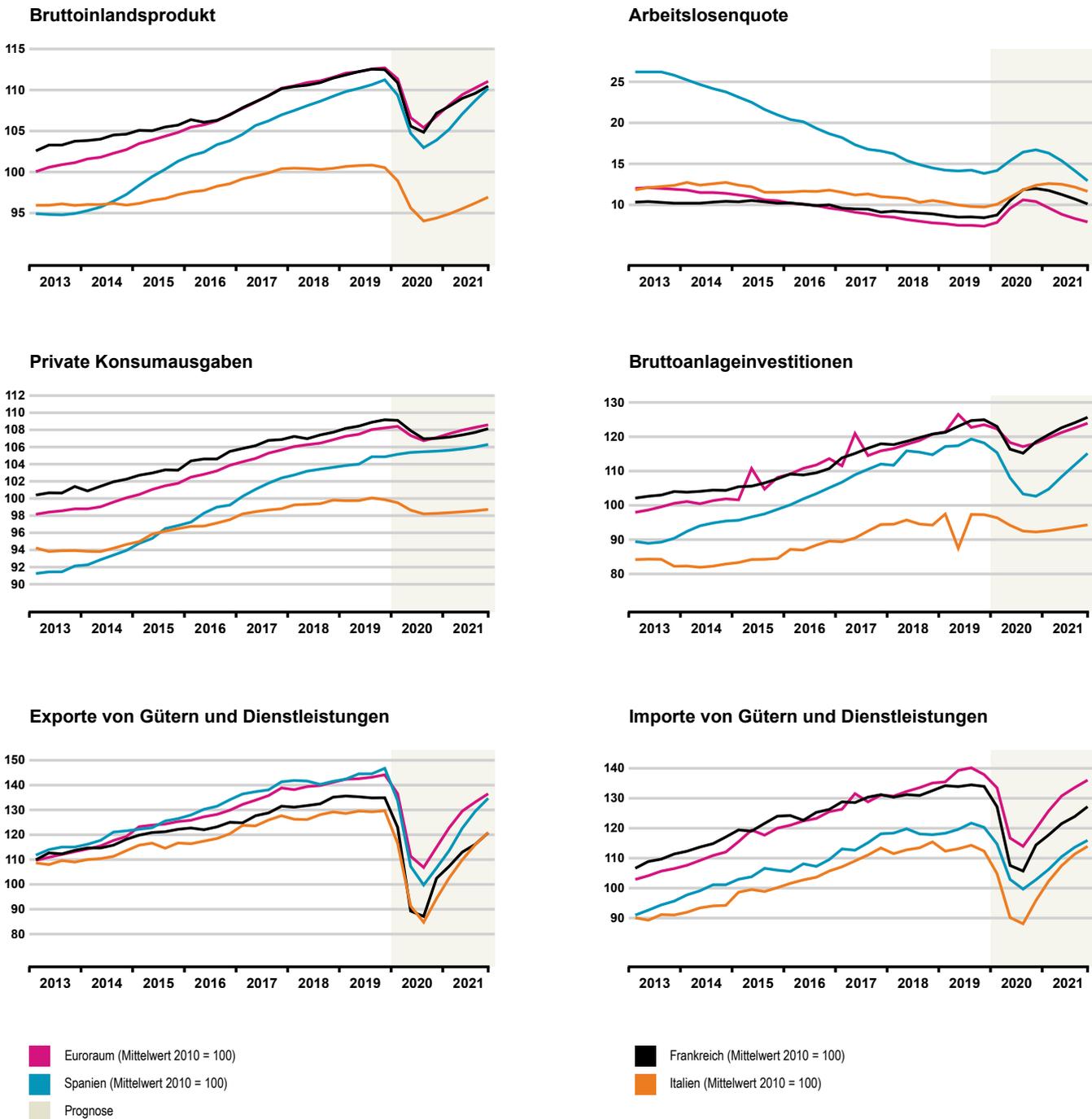
NiGEM bietet weder eine Trennung zwischen Konsum und Investitionen für Russland, noch eine explizite Arbeitsmarktmodellierung.

Saisonbereinigte Verläufe. Arbeitslosenquote (Abb. oben rechts) in % der inländischen Erwerbspersonen. Ab 1. Quartal 2020 Prognose des IMK.

Die britische Wirtschaft stagnierte im letzten Quartal 2019. Im gesamten Jahr nahm das BIP zwar noch um 1,4 % zu, im Prognosezeitraum wird die Corona-Krise die britische Wirtschaft aber in eine Rezession stürzen. Zudem droht eine anhaltende konjunkturelle Lähmung mit Ende der Übergangszeit, in der das Vereinigte Königreich nach Austritt aus der Europäischen Union weiter dem Binnenmarkt angehört. Die britische Wirtschaft wird dieses Jahr um 4,6 % schrumpfen. Auch die polnische und die russische Wirtschaft werden im Zuge der Covid-19-Pandemie Rezessionen durchlaufen. Nach überstandener Krise dürfte in beiden Wirtschaftsräumen eine schnelle wirtschaftliche Erholung einsetzen.

Quellen: NiGEM; Berechnungen des IMK.

Konjunktur im Euroraum



Saisonbereinigte Verläufe. Arbeitslosenquote (Abb. oben rechts) in % der inländischen Erwerbspersonen. Ab 1. Quartal 2020 Prognose des IMK.

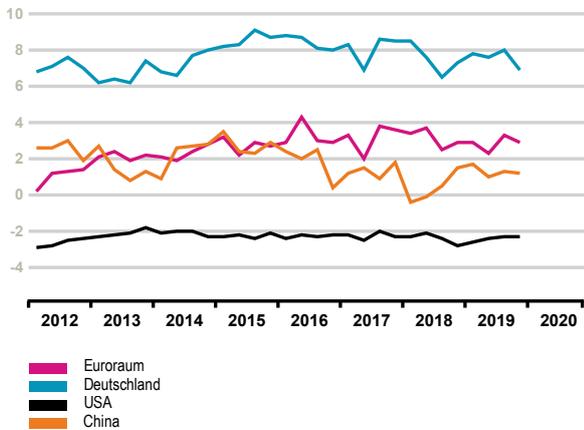
Das Wachstum im Euroraum war bereits im letzten Quartal 2019 mit 0,1 % im Vergleich zum Vorquartal schwach. Im gesamten Jahr 2019 nahm das BIP im Euroraum nur um 1,2 % zu. Im Prognosezeitraum wird die Corona-Krise die großen Volkswirtschaften des Euroraums in die Rezession stürzen. Das BIP des Euroraums wird dieses Jahr voraussichtlich um 4,4 % schrumpfen, bevor es sich im nächsten Jahr wieder etwas erholen und mit 2,0 % wachsen wird.

Besonders stark vom neuartigen Covid-19-Virus betroffen ist derzeit Italien, dessen Wirtschaftsleistung dieses Jahr um fast 5 % schrumpfen wird. Aber auch die spanische Wirtschaft leidet unter der Krise und wird dieses Jahr um 4,7 % schrumpfen. Die französische Wirtschaft wird voraussichtlich um 4,6 % schrumpfen. Für das nächste Jahr wird mit einer wirtschaftlichen Erholung gerechnet.

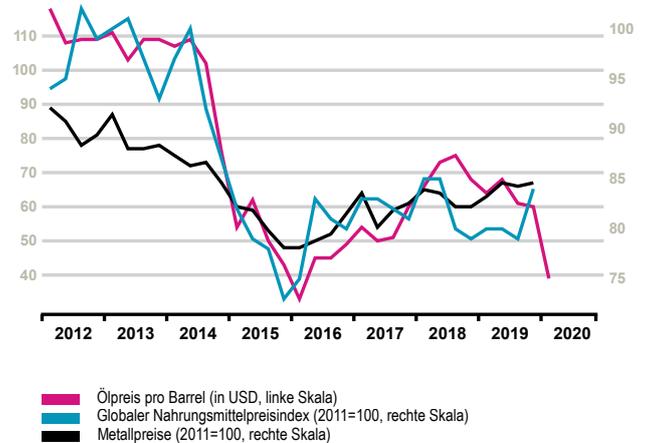
Quellen: NiGEM; Berechnungen des IMK.

Makro- und Finanzstabilität

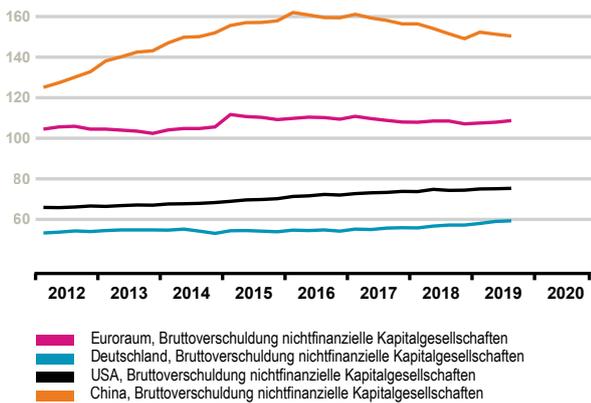
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)



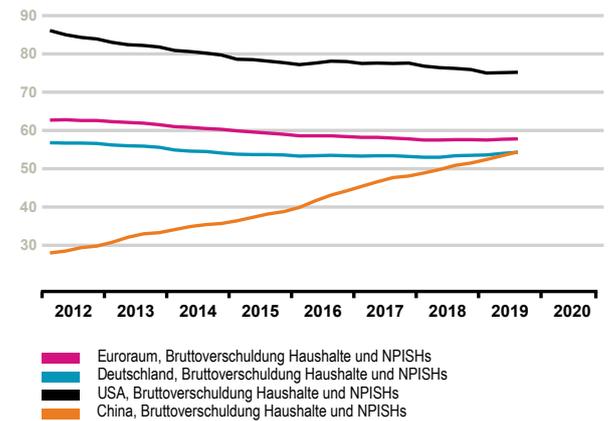
Rohstoffpreise



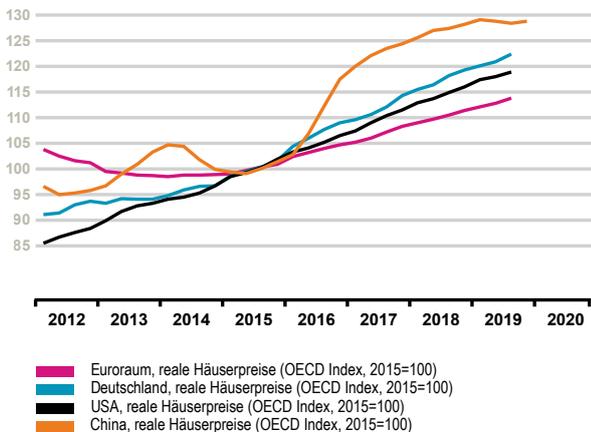
Verschuldung der Unternehmen (in % des BIP)



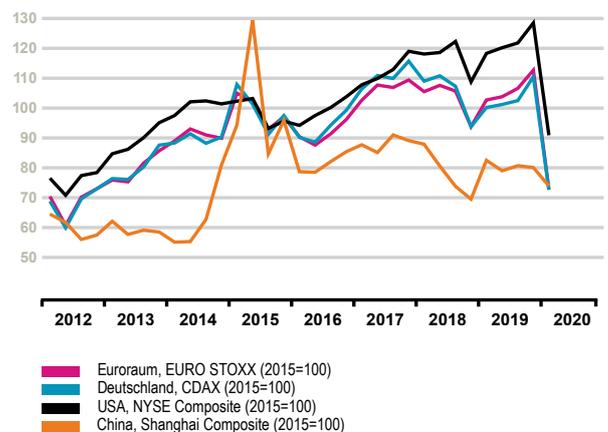
Verschuldung der Haushalte (in % des BIP)



Häuserpreise



Aktienkurse

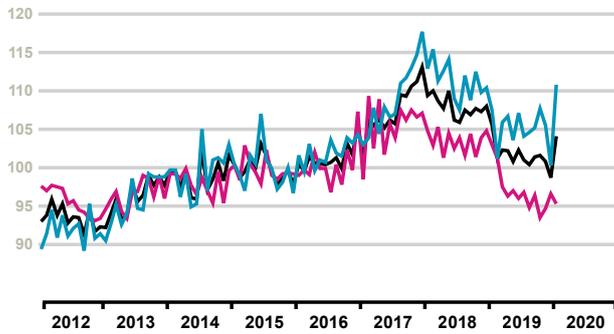


1. Quartal 2012 - 1. Quartal 2020.

Die Entwicklung der Finanzmarktindikatoren im ersten Quartal 2020 gibt einen Ausblick auf die gravierenden wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie. Die Aktienkurse stürzten in den USA und Europa auf ihren tiefsten Stand seit 2012. Zum Teil waren die Einbrüche so stark, dass der Handel ausgesetzt werden musste. Ob sich zum Ende des Quartals eine stabile Bodenbildung abzeichnet, lässt sich derzeit nicht gesichert sagen. Die Ölpreise haben angesichts rückläufiger Nachfrageerwartungen ebenfalls deutlich nachgegeben. Der Preisrückgang wurde zusätzlich durch ein Kräftemessen der OPEC mit Russland befeuert, im Zuge dessen Produktionskapazitäten zwischenzeitlich ausgeweitet wurden. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss liegt mit über 6 % nunmehr das neunte Jahr in Folge über den Vorgaben des Makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahren der Europäischen Kommission. Trotz persistenter Verletzung der Stabilitätsvorgaben wurde nie ein Sanktionsverfahren ausgesprochen.

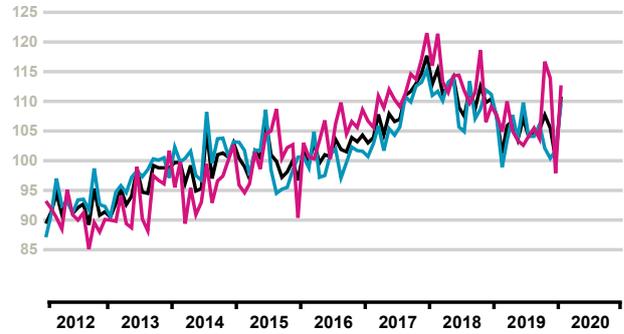
Auftragseingänge deutscher Unternehmen

Industrie



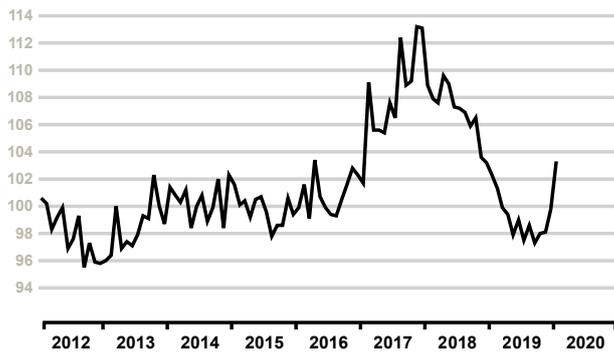
█ Gesamt (2015=100)
█ aus dem Inland (2015=100)
█ aus dem Ausland (2015=100)

Auslandsaufträge



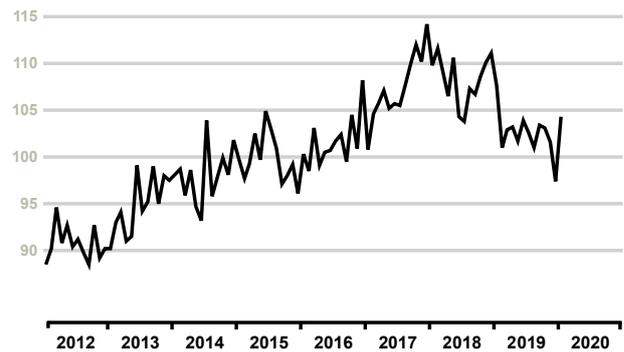
█ Ausland Gesamt (2015=100)
█ aus der Nicht-EWU (2015=100)
█ aus der EWU (2015=100)

Vorleistungsgüter



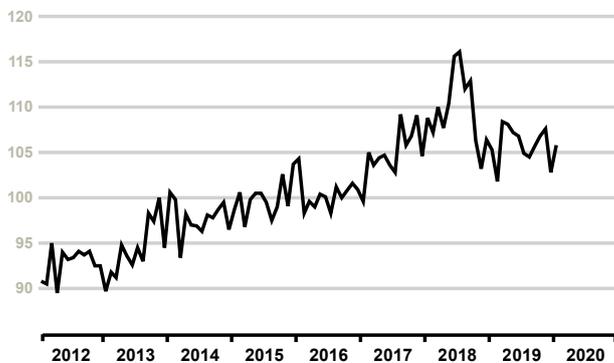
█ Gesamt (2015=100)

Investitionsgüter



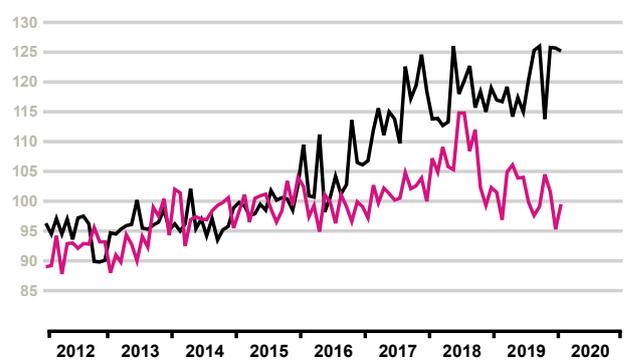
█ Gesamt (2015=100)

Konsumgüter



█ Gesamt (2015=100)

Ge- und Verbrauchsgüter

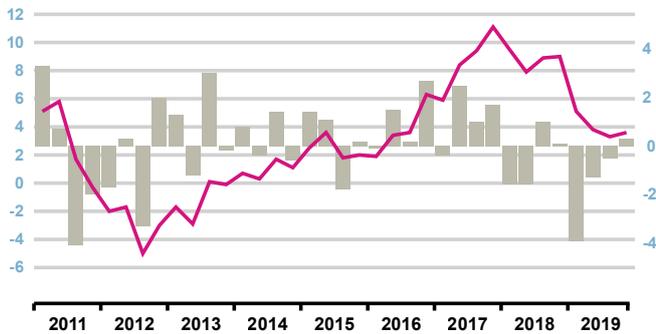


█ Gebrauchsgüter (2015=100)
█ Verbrauchsgüter (2015=100)

Volumen, kalender- und saisonbereinigt. Januar 2012 - Januar 2020.

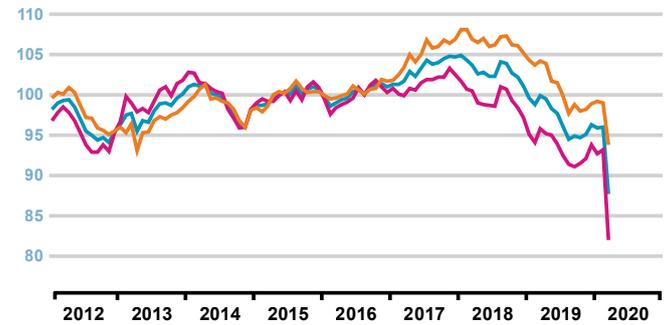
Frühindikatoren Deutschland

Order-Capacity-Index



Index (in %, linke Skala)
Veränderung (in Prozentpunkten, rechte Skala)

ifo Geschäftsklima-Index

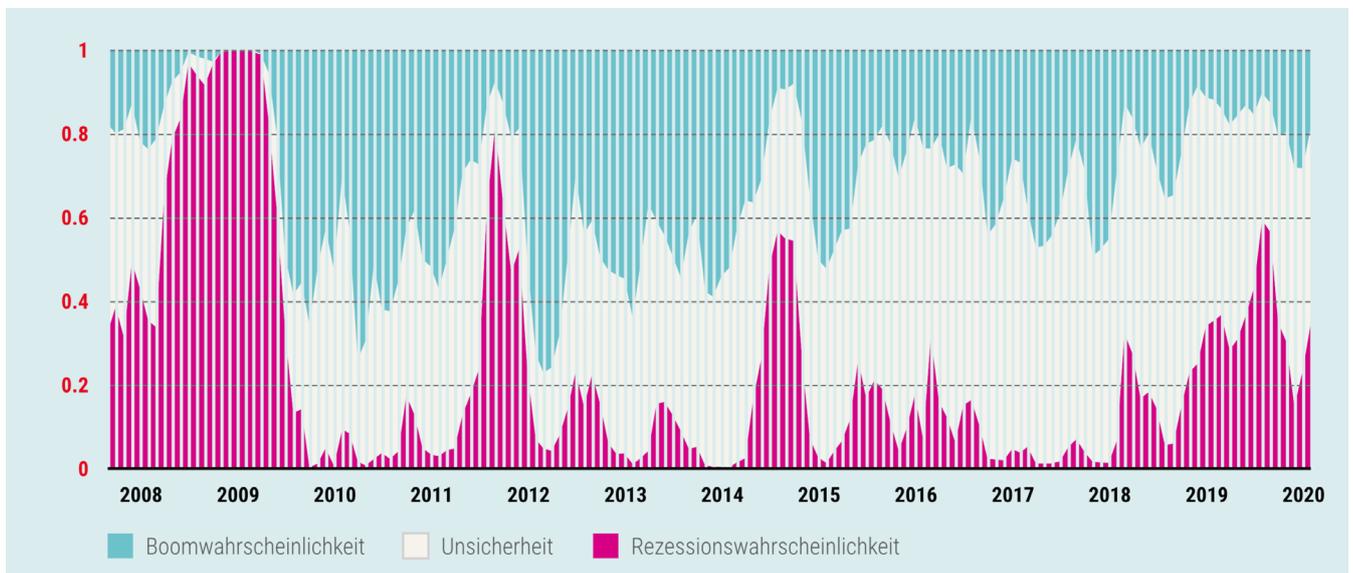


Geschäftsklima
Geschäftserwartung
Geschäftsbeurteilung

1. Quartal 2011 - 4. Quartal 2019 (order) / Januar 2012 bis März 2020 (ifo)

IMK Konjunkturindikator

Rezessions- und Boomwahrscheinlichkeiten – Ausblick für die nächsten 3 Monate¹



Boomwahrscheinlichkeit Unsicherheit Rezessionswahrscheinlichkeit

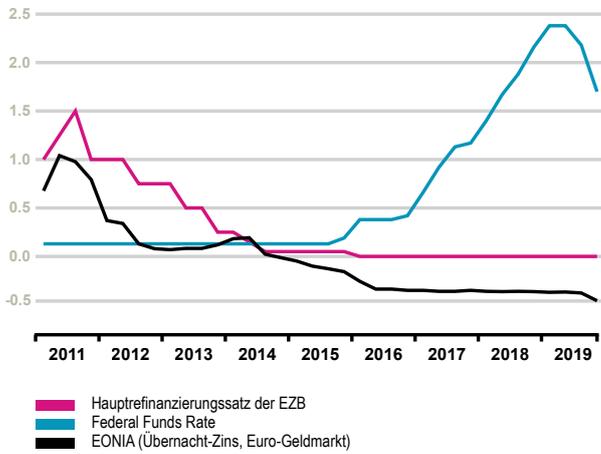
¹ Beobachtungsstand bis Februar 2020 (Veröffentlichung am 15. März 2020)

Weitere Informationen finden Sie unter folgendem Link: <https://bit.ly/2UePV5D>

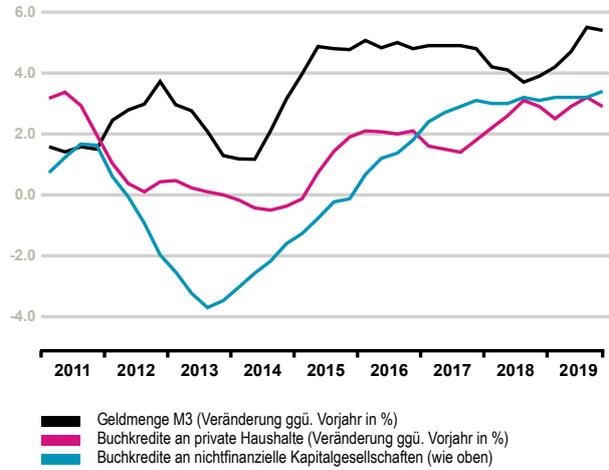
Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo Institut; Berechnungen des IMK.

Monetäre Rahmenbedingungen

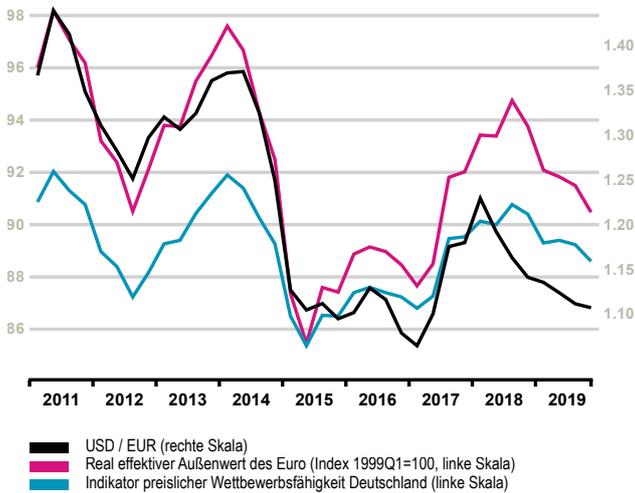
Hauptrefinanzierungssatz im Euroraum und den USA (in %)



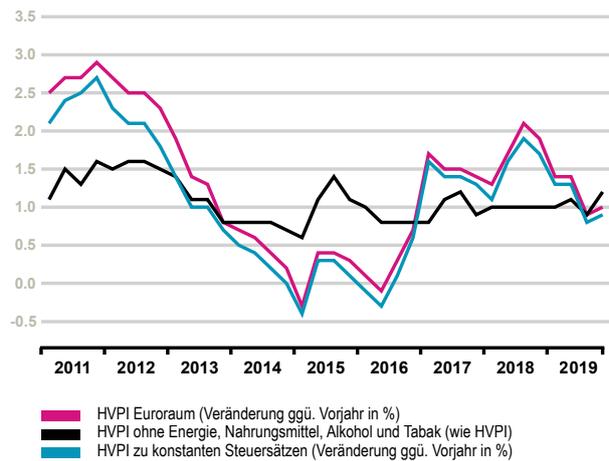
Geldmenge und Kreditvolumen



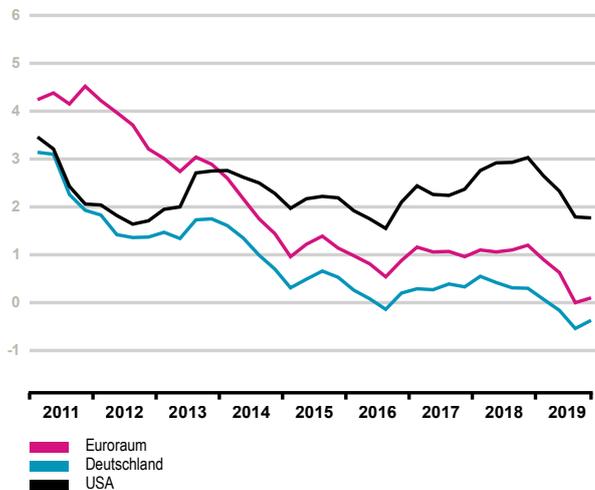
Wechselkurs und real effektiver Außenwert¹



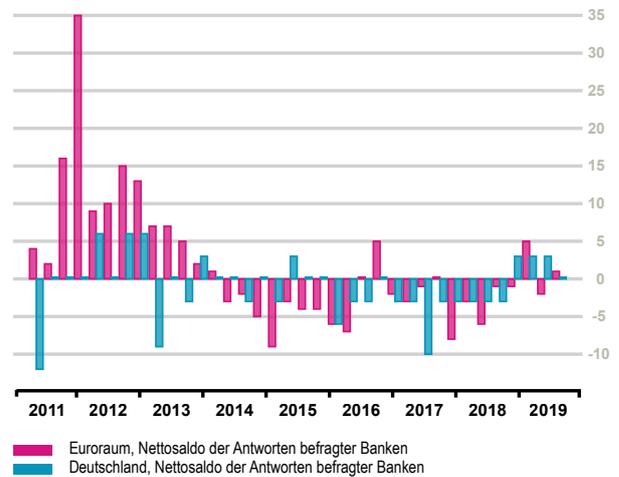
Harmonisierte Verbraucherpreise (HVPI)



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen (in %)



Kreditvergabestandards (Bank Lending Survey)



1. Quartal 2011 - 4. Quartal 2019.

1) Real effektiver Außenwert auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 38 Ländern (Euroraum) bzw. 56 Ländern (Deutschland).

Risikomaße

a) Finanzmarktstressindikator (reskaliert)

1. Januar 1995 - 15. März 2020



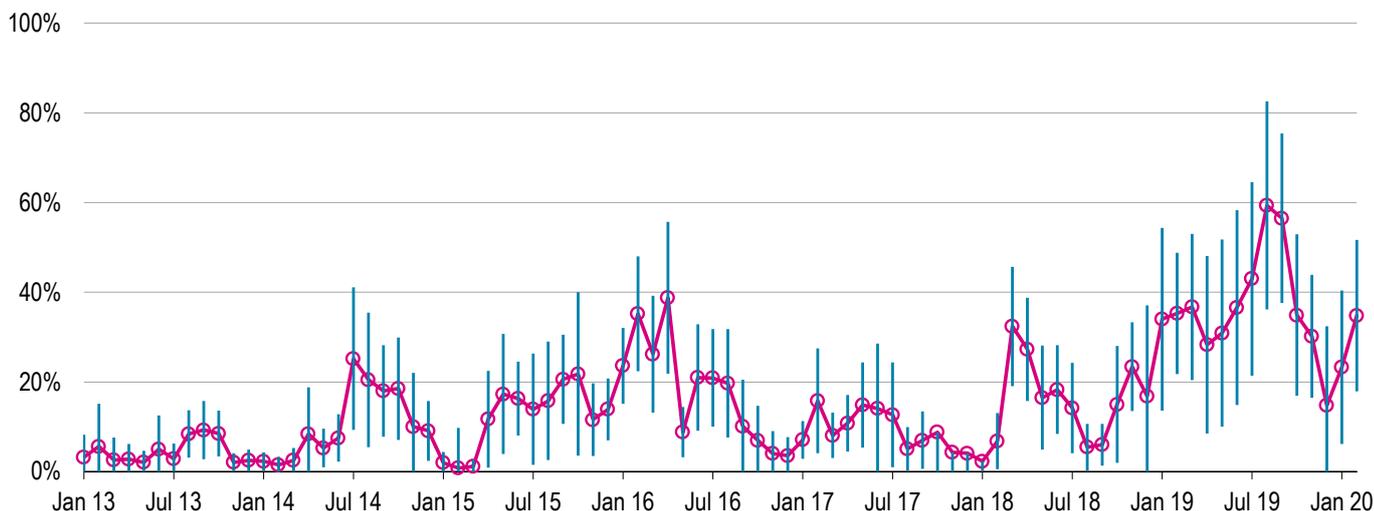
Unter rund 200 Finanzmarktdatenreihen wurden für den IMK Finanzmarktstressindikator anhand ihrer Korrelation zu historischen Finanzmarktkrisen 35 Repräsentative ausgewählt. Basierend auf diesen hauptsächlich nicht stationären Zeitreihen bestimmt das IMK regelmäßig mittels statischer Faktoranalyse denjenigen Faktor (Hauptkomponente), der den Großteil der verbleibenden Schwankungen aller Zeitreihen beschreibt, nachdem diese zentriert wurden.

Hochpunkte dieses Faktors kennzeichnen Finanzmarkturbulenzen, wobei die Skalierung für das Unsicherheitsmaß so gewählt wird, dass die Finanzmarktkrise von 2007/08 100%igen Finanzmarktstress kennzeichnet. Die zu Grunde liegende Informationsmatrix des IMK Indikators umfasst Daten zum Kreditwachstum, zur Volatilität von Aktien- und Rohstoffpreisen, Raten von Kreditausfallversicherungen sowie EZB-spezifische Daten wie Einlagen- und Spitzenrefinanzierungsfazilität und TARGET-Salden.

Quellen: Macrobond; Berechnungen des IMK.

b) Rezessionswahrscheinlichkeit mit Streuung

Januar 2013 - Februar 2020



In den IMK-Konjunkturindikator (Abbildung G) fließen zahlreiche Daten aus der Real- und der Finanzwirtschaft ein. Darüber hinaus berücksichtigt das Instrument Stimmungskennzeichen. Das IMK nutzt dabei die Industrieproduktion als Referenzwert für eine Rezession, weil diese rascher auf einen Nachfrageeinbruch reagiert als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Streuung der für die Gesamtprognose relevanten Einzelgleichungen beschreibt die prognostische Unsicherheit.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die deutsche Wirtschaft in nächster Zeit in eine Rezession gerät, ist bereits vor den jüngsten Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Corona-Virus wie Schul- und Grenzschließungen spürbar gewachsen.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; IFO; Berechnungen des IMK.

- Bardt, H. / Dullien, S. / Hüther, M. / Rietzler, K. (2019):** Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen! IMK Report Nr. 152 bzw. IW-Policy Paper Nr. 10/19, November, Düsseldorf und Köln.
- Bofinger, P. / Dullien, S. / Felbermayr, G. / Fuest, C. / Hüther, M. / Südekum, J. / Weder di Mauro, B. (2020a):** [Wirtschaftliche Implikationen der Corona-Krise und wirtschaftspolitische Maßnahmen](#). Gemeinsames Paper vom 10. März.
- Bofinger, P. / Dullien, S. / Felbermayr, G. / Fuest, C. / Hüther, M. / Südekum, J. / Weder di Mauro, B. (2020b):** [Europa muss jetzt finanziell zusammenstehen](#). Gastbeitrag in der FAZ vom 21. März.
- Bundesagentur für Arbeit (2020):** [Zahl der Kurzarbeitsanzeigen vervielfacht sich](#). Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und BA-Vorsitzender Detlef Scheele zur Lage am deutschen Arbeitsmarkt im März. BA-Pressenote Nr. 19, Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit vom 31. März, Nürnberg.
- Crimmann, A. / Wießner, F. (2009):** Wirtschafts- und Finanzkrise – Verschnaufpause dank Kurzarbeit. IAB-Kurzbericht Nr. 14/2009, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- Ellguth, P. / Gerner, H.-D. / Zapf, I. (2018):** Arbeitszeitkonten in Betrieben und Verwaltungen: Flexible Arbeitszeitgestaltung wird immer wichtiger. IAB-Kurzbericht Nr. 15/2018, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- Herzog-Stein, A. / F. Lindner / S. Sturn (2018):** The German Employment Miracle in the Great Recession: the Significance and Institutional Foundations of Temporary Working Time Reductions. In: Oxford Economic Papers, Jg. 70, H. 1, S. 206–224.
- IG Metall (2020):** [Kurzfristiges Krisenpaket. Sicherheiten für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie NRW](#).
- Johns Hopkins Universität (2020):** [Coronavirus COVID-19 Global Cases by the Center for Systems Science and Engineering \(CSSE\)](#).
- Le Maire, B. (2020):** [Détail des mesures de soutien mises en place pour les salariés et les entreprises face à la crise du COVID-19](#). Intervention de Bruno Le Maire, ministre de l'Économie et des Finances, Bercy, 17. März.
- Ministerio de Asuntos Económicos y Transformación Digital (2020):** [Wirtschaftliche Maßnahmen der spanischen Regierung gegen die Covid-19-Pandemie](#).
- Ministero dell'Economia e delle Finanze (2020):** [Protect health, support the economy, preserve employment levels and incomes – The Italian economic response to the Covid-19 outbreak](#).
- Münstermann, L. / Schneck, S. / Wolter, H.-J. (2012):** Die Bedeutung des Kurzarbeitergeldes im Mittelstand. IfM-Materialien Nr. 215, Institut für Mittelstandsforschung (IfM), Bonn.
- Theobald, T. / Tober, S. (2020):** EUR-bonds in the Corona Crisis and Beyond. Social Europe, April.



Alle Links wurden zuletzt
am 24.03.2020 geprüft



IMK KONJUNKTURAMPEL

Frühwarnsystem zur Rezessionswahrscheinlichkeit für die nächsten drei Monate, basierend auf Monatsdaten

<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-konjunkturampel-15362.htm>



IMK KONJUNKTURSPIEGEL

Illustrative Online-Darstellung aller Indikator-Grafiken.

<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-konjunkturspiegel-15363.htm>



ALLE IMK PUBLIKATIONEN

Reports, Working Paper, Studies und Policy Briefs.

<https://www.imk-boeckler.de/de/veroeffentlichungen-15375.htm>



SOCIAL MEDIA

Folgen Sie uns auf Twitter: <https://twitter.com/IMKFlash>

IMK auf Facebook: www.facebook.com/IMKInstitut

IMPRESSUM

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
der Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Telefon +49 (211) 77 78-31 2

imk-report@boeckler.de
<http://www.imk-boeckler.de>

Pressekontakt

Rainer Jung, +49 (211) 77 78-15 0
rainer-jung@boeckler.de

Autorenkontakt

Peter Hohlfeld, peter-hohlfeld@boeckler.de

Ausgabe

IMK Report Nr. 157 (abgeschlossen am 31. März 2020)

Redaktionsleitung: Peter Hohlfeld
Satz: Sabine Kurzböck

ISSN 1861-3683



„Virus-Pandemie stürzt Weltwirtschaft in tiefe Rezession - Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2020/2021“ von Sebastian Dullien et al. ist unter der Creative Commons Lizenz Namensnennung 4.0 International lizenziert (BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.